

2

EINSPRÜCHE.

Studien zur Vereinnahmung
von Theologie durch die
extreme Rechte

Eine Reihe der
Bundesarbeitsgemeinschaft
Kirche + Rechtsextremismus



**BAG
K+R**

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
KIRCHE & RECHTSEXTREMISMUS

Georg Bätzing
Grußwort

Sonja Angelika Strube
Publikationsorgane, Kern-
themen und religiöse Stile
am rechten Rand der Kirchen

Harald Lamprecht
Die göttliche Ordnung. Theologische
Analysen einer Selbstdarstellung
rechten Christentums



INHALT

- 5 Grußwort**
von Georg Bätzing
- 6 Vorwort**
von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus
- 8 Publikationsorgane, Kernthemen und religiöse Stile
am rechten Rand der Kirchen**
von Sonja Angelika Strube
- 28 Die göttliche Ordnung. Theologische Analysen einer
Selbstdarstellung rechten Christentums**
von Harald Lamprecht

Grußwort



Im Christentum glauben wir an den liebenden und menschenfreundlichen Gott. Die christliche Botschaft steht unmissverständlich im Widerspruch zu Parolen und Inhalten extrem rechter Ideologien. Dennoch versucht die »Neue Rechte« immer wieder, die Religion zu instrumentalisieren und den christlichen Glauben als identitätsstiftend für sich zu reklamieren.

Als Christgläubige erheben wir Einspruch gegen diese Vereinnahmung, um glaubwürdig Zeugnis im Sinne des Evangeliums abzulegen. Im Christentum geht es um Versöhnung und nicht um Spaltung. Das

Wort Gottes ist universal und richtet sich nicht an einzelne Nationen. Wir Menschen sollen unsere Nächsten in den Blick nehmen und mit ihnen in einen wertschätzenden Dialog treten. In seiner Enzyklika *Fratelli tutti* (2020) betont Papst Franziskus die Geschwisterlichkeit der ganzen Menschheitsfamilie und die Notwendigkeit von sozialer Freundschaft. Dass dies mit menschenverachtendem und extrem rechtem Gedankengut nicht vereinbar ist, müssen wir immer wieder öffentlich klarstellen und im direkten Gespräch vertreten. Die Bereitschaft, solche Konflikte einzugehen, ist eine ökumenische Herausforderung für alle christlichen Konfessionen und alle Religionen.

Dieser Widerspruch gegen Extremismus unter einem vermeintlich christlichen Deckmantel ist eine unumgängliche Aufgabe, die sich innerhalb und außerhalb der Kirche stellt. Das schließt explizit eine kritische, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen ein, um etwa Versuchen einer theologischen Begründung rechten Gedankenguts entgegenzuwirken. Die christliche Botschaft ist klar: Wer sich zu Christus bekennt, muss in der (Welt)Kirche und in der Gesellschaft für Nächstenliebe, Menschenfreundlichkeit und die gottgegeben gleiche und unveräußerliche Würde aller Menschen klar Stellung beziehen.

Ich danke der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, die ökumenisch ausgerichtet ist, für ihr Engagement und für die Impulse, die sie im kirchlichen und im gesellschaftlichen Diskurs setzt. Der Publikationsreihe »Einsprüche« und ihrer diesjährigen Ausgabe wünsche ich eine breite Rezeption und eine tiefgehende Wirkung.

Dr. Georg Bätzing, Bischof von Limburg, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Vorwort

Die sogenannte »Neue« Rechte setzt auf christliche Töne und bringt sich in theologische Debatten und Themen ein. Zugleich kritisiert sie kirchliches Engagement für eine offene und demokratische Gesellschaft. Aber auch innerhalb der Kirchen finden sich Brücken ins extrem rechte und neurechte Milieu und sorgen dafür, dass sich Christ*innen und kirchliche Einrichtungen zum Teil schwer abgrenzen können oder den Überblick verlieren.

Zum Ende des Jahres 2020 startete die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) daher ein neues Projekt, die Publikationsreihe »Einsprüche. Studien zur Vereinnahmung von Theologie durch die extreme Rechte«.

Mit dieser Publikationsreihe werden wir uns in den nächsten Jahren intensiv mit der Vereinnahmung von Theologie, dem Christentum und seinem Grundverständnis durch die extreme Rechte auseinandersetzen. Dabei blicken wir mit unseren Beitragenden auf Ideologien, Akteur*innen und Strategien sowie neue Entwicklungen und Debatten.

Denn es gilt seit langem: Ob im Rechtspopulismus oder in der sogenannten »Neuen Rechten« – überall und auf unterschiedliche Weisen wird auf religiöse Motive zurückgegriffen. Christliche und vermeintlich christliche Elemente sind für das Denken von weiten Teilen der »Neuen Rechten« gar identitätsstiftend.

Dabei sieht die Reihe nicht nur genau hin und zeigt bedrohliche Entwicklungen auf, sondern diskutiert auch Antworten auf das »Was tun?«. Das ist, obwohl sich die Reihe an alle Interes-

sierten richtet, für den kirchlichen Raum besonders relevant: Der Angriff von rechts auf die Kirchen wird nicht nur politisch, sondern auch theologisch begründet und Christ*innen werden z. T. gezielt über ihren Glauben für extrem rechte Einstellungen angesprochen. Kirchen wie Gemeindemitglieder sollten sich daher gleichermaßen gestärkt und informiert mit Angriffen und Einschmeichelungen auseinandersetzen können.

Dafür werden sowohl evangelische als auch katholische Perspektiven in die Reihe einbezogen und jedes Jahr wird nun eine neue Broschüre mit zwei oder drei Beiträgen erscheinen.

Die erste Broschüre beinhaltet sowohl einen Appell des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford Strohm, als auch Beiträge von Liane Bednarz zu »Rechten Christentumsdiskursen« und Johann Hinrich Claussen unter dem Titel »Retro-Utopie: Völkischer Protestantismus. Über die Theologie von Karlheinz Weißmann«.

In der zweiten Ausgabe können Sie nun zwei weitere Beiträge lesen. Im Beitrag von PD Dr. Sonja Angelika Strube wird es zum einen um Publikationsorgane und Kernthemen am rechten Rand der Kirchen gehen, der Beitrag von Dr. Harald Lamprecht zudem eine theologische Analyse einer Selbstdarstellung rechten Christentums entlang göttlicher Ordnungsvorstellungen sein.

Wir wünschen eine erhellende Lektüre!

**Ihre Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche
und Rechtsextremismus**



Sonja Angelika Strube

Publikationsorgane, Kernthemen und religiöse Stile am rechten Rand der Kirchen

Internetmedien spielen eine wichtige Rolle als Scharnier/Brücke zwischen politisch neurechten und christlich-konservativen Milieus. Auch bieten sie neue Formen des Aktivismus und der Vergemeinschaftung. Die Analyse rechtschristlicher Websites lässt gemeinsame Ursachen rechter politischer Einstellungen und rigider religiöser Stile erkennen.

1. »Christliches« Engagement in rechten Medien

Die strategische Bedeutung einer instrumentellen Bezugnahme auf das Christentum haben Vordenker (männlich!) einer sich intellektuell gebenden Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland bereits früh für sich entdeckt (vgl.

dazu Band 1 dieser Reihe).¹ Obwohl eine Affinität rechter Szenen zum Neuheidentum nahe liegt, begann die 1986 gegründete *Junge Freiheit* (JF) als wichtigstes »Scharnierorgan« (so Wolfgang Gessenharter) einer sich bewusst bürgerlich gebenden Neuen Rechten bereits Anfang

PD Dr. Sonja Angelika Strube, katholische Theologin mit den Schwerpunkten Biblische und Praktische Theologie, ist Privatdozentin für Religionspädagogik/Praktische Theologie am Institut für Katholische Theologie der Universität Osnabrück und Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt »Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft«. Seit 2011 forscht und veröffentlicht sie zum Themenfeld rechtsextremer Tendenzen in christlichen Milieus. Der vorliegende Beitrag fasst wesentliche Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre zusammen.

¹ Zur Begriffswahl: Zur Neuen (auch: Intellektuellen) Rechten s. Fußnote 2. Rechtes Denken ist geprägt durch eine Ideologie der Ungleichwertigkeit (vgl. z. B. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München* 2006, 14). Die Rede von *rechtsextremen Einstellungen* schließt an Oliver Decker/Elmar Brähler (z. B. *Vom Rand zur Mitte*, Berlin 2006, 20) an. Der Terminus *extreme Rechte* folgt Alexander Häusler (*Rechtspopulismus als Bürgerbewegung*, Wiesbaden 2008, 41); er bietet einen Oberbegriff, der fließende Übergänge zwischen verschiedenen Szenen und strategisch gewählten Selbstpräsentationen im rechten Lager auch da klar benennt, wo die Grenze zur expliziten Verfassungsfeindlichkeit (rechtsextrem) geschickt umspielt wird.

der 1990er Jahre mit einer gezielten Berichterstattung über konservativ-christliche Themen.² Neben einer neuheidnischen, tendenziell anti-christlich ausgerichteten Leserschaft sollte so auch ein konservativ-christliches Publikum gewonnen werden.³ Möglich wurde die auf christliche Milieus abzielende Berichterstattung durch die Mitarbeit von Autor*innen, die sich selbst christlich verorten und in den Kirchen auskennen, sowie durch eine langjährige Zusammenarbeit zwischen der *JF* und Redakteuren der unabhängigen, der *Deutschen Evange-*

lischen Allianz nahestehenden, Nachrichtenagentur *idea e. V.*⁴ Deren damaliger Gesamtleiter Helmut Matthies und auch Hartmut Steeb, Generalsekretär der *Deutschen Evangelischen Allianz* (DEA) und als solcher im Vorstand des *idea e. V.*, sowie weitere *idea*-Redakteure wurden von der *JF* in deren bis Mitte der 2010er Jahre im Internet offen zugänglichen Autorenliste aufgeführt. Auf katholischer Seite fällt auf, dass eine regelmäßige Autor*innenschaft bei der *JF* einer Mitgliedschaft im Kuratorium des Forums Deutscher Katholiken e. V., einem im Jahr 2000 als Widerpart zum Zentralkomitee der Deutschen Katholiken gegründeten Verein, keinen Abbruch tut.⁵

-
- 2 Die folgenden Beobachtungen habe ich ausführlich belegt in: Sonja Angelika Strube, Rechtsextremismus als Forschungsthema der Theologie? Aktuelle Studien und eine kritische Revision traditionalismus-affiner Theologien und Frömmigkeitsstile, Hauptartikel in: *Theologische Revue* 3/2014, 179–194. Zur Neuen Rechten s. auch: Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, München 2017; Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer, Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004. Zur Jungen Freiheit s. auch: Gideon Botsch, Die Junge Freiheit – Sprachrohr einer radikal-nationalistischen Opposition, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus 2017, auf: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230020/die-junge-freiheit-sprachrohr-einer-radikal-nationalistischen-opposition; Stephan Braun/Ute Vogt, Die Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2007.
- 3 Vgl. Klaus Kornexl, Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift JUNGE FREIHEIT, München 2008, 514–529; Christian Uhrig im Remid-Interview Studie über Junge Freiheit: Christentum und Islamfeindlichkeit statt Heidentum vom 05.11.2012 (www.remid.de/blog/2012/11/studie-ueber-junge-freiheit-christentum-und-islamfeindlichkeit-statt-heidentum/, 21.05.2021).

Nicht nur in Scharnierorganen bzw. Brückenmedien, die sich, wie die *JF*, gezielt ein bürgerliches Image geben, um bürgerliche Milieus zu erreichen, sind Artikel sich christlich verstehender Autor*innen zu finden. Seit Aufkommen des Internets lassen sich zunehmend Vernetzungen zwischen rechtschristlichen und politisch extrem rechten Milieus beobachten. So hatten bspw. weder der Dominikanerpater und (inzwischen emeritierte) Theologieprofessor Wolfgang Ockenfels, der seit 2018 auch dem Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung angehört, noch die katholische Aktivistin Felizitas Küble bislang Skrupel, auf der Website *Politically Incorrect* (= *pi-news*) Artikel unter ihren Klar-

-
- 4 Vgl. Stephan von Hoyningen-Huene, Religiosität bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen, Münster 2003, 50–52; Regina Wamper, Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antijudaismus in der Jungen Freiheit, Münster 2008, 70; Uhrig, Remid-Interview.
- 5 Für die *JF* schreiben u. a.: Gabriele Kuby, Bernd Posselt, Konrad Löw, Werner Münch, Wolfgang Ockenfels, Norbert Geis, Peter Gauweiler (Autorenliste gesichtet über archive.org am 2.3.2020).

namen zu veröffentlichen,⁶ obwohl diese vom Antisemitismusforscher Wolfgang Benz bereits 2011 als volksverhetzend islamfeindlich beurteilt wurde und *pi-news* erstmals ins Visier des Verfassungsschutzes geriet.⁷

Der strategische Gewinn solcher Kooperationen für extrem rechte Medien, Gruppierungen und Parteien liegt auf der Hand. Das Etablieren oder ggf. auch Vortäuschen milieuübergreifender Vernetzungen mit christlichen Gruppierungen dient ebenso wie der instrumentelle Rückbezug auf Versatzstücke des Christlichen der bewussten Verstellung (Karlheinz Weißmann: »Mimikry«) und der »Selbstverharmlosung« der eige-

nen antidemokratischen Positionen und Ziele, die man auf diese Weise als »bloß konservativ« oder gar »christlich« bemänteln möchte. Dass dies gerade auch durch eine »Verzahnung« der

Milieuübergreifende Vernetzung mit christlichen Gruppierungen dient der bewussten »Selbstverharmlosung« der eigenen antidemokratischen Positionen

6 Zu Küble vgl. etwa: www.pi-news.net/2017/01/bischof-angst-vor-islamisierung-unbegruendet/; www.pi-news.net/2015/04/koeln-kardinal-woelki-wetttert-gegen-israel/; zu Ockenfels z. B.: www.pi-news.net/2011/07/kirche-in-der-krise/; www.pi-news.net/2011/05/christentum-und-islam-sind-unvereinbar/. Ockenfels ist seit 1992 Chefredakteur der vom *Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg* herausgegebenen theologischen Zeitschrift *Die Neue Ordnung*. Zur kritischen Auseinandersetzung der *Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik* mit Ockenfels' AfD-nahem Engagement und seiner Prägung der *Neuen Ordnung* vgl.: Bernhard Emunds (Hg.), *Die Neue Ordnung – auch ein Sprachrohr des katholischen Rechtspopulismus*. Dokumentation eines Konflikts, Frankfurt/M. 2019, auf: nbi.sankt-georgen.de/assets/documents/papers/fagsf70_internet.pdf.

7 Vgl. dazu das Interview Wolfgang Benz: *Auf PI läuft eindeutig Volksverhetzung*, in: Frankfurter Rundschau vom 15. September 2011, auf: www.fr.de/politik/auf-laeuft-eindeutig-volksverhetzung-11421894.html; sowie Steven Geyer, *Virtuelle Kreuzritter* (vom 17.3.2014), in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Dossier Rechtsextremismus*, auf: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180751/virtuelle-kreuzritter.

eigenen Positionen mit Zitaten gesellschaftlich anerkannter Autoritäten gelänge, erläutert der neurechte Stratege Götz Kubitschek in einem Artikel mit dem Titel »Selbstverharmlosung«.⁸

Was aber bewegt Menschen, die sich dezidiert als Christ*innen verstehen, dazu, gemeinsame Sache zu machen mit Personenkreisen, Parteien und Medien, die zutiefst menschenfeindliche Ideologien vertreten? Zunächst einmal ist festzuhalten, dass weder die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche noch die persönliche Bezogenheit auf christliche Glaubensinhalte per se gegen menschenfeindliche Ideologien immunisieren, und dass es sich christlich verstehende Einzelne und Personenkreise gibt, die politisch dezidiert im extrem rechten Spektrum

8 sezession.de/59584/selbstverharmlosung.

zu verorten sind. Die Ambivalenz christlich geprägter Religiosität gegenüber autoritären Ideologien sowie Vorurteilen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit thematisierten bereits die sozialpsychologischen Forschungen Theodor W. Adornos der 1940er und 1950er Jahre. Der Vorurteilsforscher Gordon W. Allport formulierte 1954 treffend: »The role of religion is paradoxical. It makes and it unmakes prejudice«⁹. Vielmehr existieren auch im Bereich des christlichen Glaubensspektrums unterschiedliche religiöse Stile, von denen manche mit mehr, manche mit weniger Vorurteilen, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und autoritär-abwertenden extrem rechten Einstellungen einhergehen.

2. Sich christlich verstehende Medien als Brückenbauer in die politische Rechte

Nicht nur die Beteiligung einzelner Christ*innen an Projekten politisch extrem rechter Gruppen war seit Ende der 1990er Jahre im Internet zu beobachten, sondern auch der Aufbau rechtschristlicher digitaler Medien, die regelmäßig und wissentlich auf Medien der politischen extremen Rechten verlinken und so Vernetzungen ins rechte Spektrum herstellen. Genau dieses Phänomen der bewusst gewollten Kooperation bzw. der persönlichen Verortung im rechten Gesinnungsspektrum bezeichne ich mit dem Terminus »rechtschristlich«, den ich vom Begriff des Konservativen trennscharf unterscheiden wissen möchte: Rechtschristlich (und nicht

bloß »erz-/konservativ«) sind Personen, Gruppen und Medien, die sich einerseits als christlich verstehen und als Christ*innen agieren, somit eine intrinsisch-religiöse und nicht bloß instrumentelle Motivation der Bezugnahme auf christliche Traditionen haben, und die sich zugleich für politisch neurechte oder rechtsextreme Medien, Gruppen oder Parteien stark machen und sie in Artikeln, Blogs oder User-Kommentaren unterstützen.

Neben unzähligen privaten rechtschristlichen Blogs unterschiedlicher Reichweite – die Linklisten des Blogs *Christliches Forum* der schon erwähnten Felizitas Küble beispielsweise lesen sich als kleines Who is Who neurechter und rechtschristlicher Blogs und Medien¹⁰ – waren in den vergangenen Jahren einige rechtschristliche Websites besonders reichweitenstark. Ihre Strategien der Leserlenkung exemplarisch zu beschreiben, macht vergleichbare Strategien auch anderweitig durchschaubar; ihre religiös-theologischen Ausrichtungen sowie ihre Denk- und Sprachstile zu analysieren, gibt Hinweise

9 Gordon W. Allport, *The Nature of Prejudice*, Cambridge/Mass. 1954 (Neuaufgabe 1979), 444: »Die Rolle der Religion ist paradox. Sie erzeugt und beseitigt Vorurteile.« (Übersetzung S. Strube).

10 charismatismus.wordpress.com/. Weitere rechtskatholische Blogs sind z. B. *Cathwalk. Abendland und Alte Messe*. Für die *Ecclesia Militans* (www.thecathwalk.de/) oder der *Papsttreue Blog*, dessen Betreiber auch für diverse neurechte Medien als Autor tätig ist (<https://papsttreuerblog.de/>). International vernetzt ist die Kleinstgruppe »Deutsche Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum e. V.«, der insbesondere die in Mittel- und Osteuropa aktiven Initiative »Ordo iuris« nahesteht (www.tfp-deutschland.de/links_3.html). Mit strafrechtlich belangbaren rechtsextremen Artikeln, u. a. Holocaustleugnung, fiel von 2004 bis 2021 die anonyme Website *kreuz.net* auf, als deren Betreiber 2013 schließlich zwei katholische Priester ermittelt werden konnten, die auch die extrem rechte Website *gloria.tv* betreiben.

auf problematische, weil letztlich menschenfeindlich grundierte religiöse Stile – und hilft, diese zu vermeiden (s. u.).

Paradebeispiel einer ehemals einfach nur »gut katholisch«-konservativ erscheinenden privaten Website, die sich aber gezielt als Brückenmedium ins politisch rechte Spektrum betätigt, ist das 2001 gegründete Portal *kath.net*, das bis zum Beginn des Pontifikats von Papst Franziskus verbreitet gelesen und nicht selten für ein offizielles Medium der katholischen Kirche gehalten wurde, auch da einzelne Bischöfe diesem Medium Interviews gaben.¹¹ Die Redaktion der in Österreich beheimateten, wesentlich durch Werbung des Hilfswerks »Kirche in Not« finanzierten Website baute neben Chatforen ein Videoportal (*kathtube*) und ein tendenziöses Online-Lexikon (*kathpedia*) auf und war darüber hinaus immer rasch auf allen neu entstehenden Sozialen Medien aktiv, bevor seit Herbst 2020 – aufgrund der veränderten Gemeinschaftsstandards zur Eindämmung von Hassrede und Fake News bei *Facebook* und *Twitter* – der Umstieg auf *Telegram*, *Parler* und *MeWe* propagiert wurde.¹² Theologisch steht die Website letztlich dem katholischen Antimodernismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts und dem Traditionalismus nahe, während sie den Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) kritisch bis ablehnend gegenübersteht. So zeigt sie deutliche Sympathien für vorkonziliar-antimodernisti-

sche¹³ Positionen und spielt in theologischen Argumentationen die »Buchstaben der Konzilstexte« gegen einen negativ bewerteten »Geist des Konzils« aus – der oft auch als »Gespenst des Konzils« verhöhnt wird. Die ehemals exklusiv reklamierte »unbedingte Papsttreue« *kath.net*s, vor allem zu Benedikt XVI., wich im aktuellen Pontifikat einer geradezu notorischen Papstschelte, z. T. verbunden mit Vorwürfen der Häresie gegen Papst Franziskus.¹⁴ Schon früh fungierte *kath.net* als Brückenmedium zwischen katholischen und neurechten Kreisen. Medien des neurechten Spektrums, allen voran die *Junge Freiheit*, wurden im Rahmen der eigenen Berichterstattung immer wieder beworben und der eigenen Leserschaft ans Herz gelegt. Ein sympathisierendes Interview mit dem Begründer der Hetzseite *Politically incorrect/pi-news* verschwand erst, als *pi-news* 2011 erstmals die Aufmerksamkeit des Verfassungs-

13 Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil, das in mehreren Sitzungsperioden von 1962 bis 1965 stattfand, überwand die römisch-katholische Kirche ihre Abwehrhaltung gegenüber Andersgläubigen, Andersdenkenden und der modernen Welt, die zuvor die Epoche des Antimodernismus geprägt hatte. Ökumene und interreligiöser Dialog wurden möglich. Das Konzil wurde von vielen Gläubigen als große Befreiung von religiösen Zwängen und Ängsten empfunden und mit Hoffnungen auf weitere Reformen verbunden, die sich jedoch in der Folgezeit nicht erfüllten. Gegner*innen der Konzilsreformen wollen Kirche und Theologie inhaltlich auf die Epoche des Antimodernismus vor dem Konzil festlegen.

14 Vgl. Sonja Angelika Strube, Widerstand gegen Papst Franziskus und seine Reformen: Empirische Beobachtungen am Beispiel der Internetseite *kath.net*, in: Gerhard Kruij, *Église qui change – Cinq ans après l'élection du Pape François*, ET-Studies, Zeitschrift der Europäischen Gesellschaft für Katholische Theologie 1/2018, 27–50.

11 Vgl. auch: Strube, Rechtsextremismus als Forschungsthema der Theologie.

12 Vgl. z. B. www.kath.net/news/73687.

schutzes auf sich zog.¹⁵ Seit Sommer 2013 unterstützt *kath.net* die zahlreiche Standpunkte der AfD und blieb ihr bislang mittels Positivberichterstattung bei gleichzeitig ausgeprägtem Schweigen über alle Skandale und Problematiken während all ihrer Radikalisierungsphasen treu, wenngleich die Nachrichtenfrequenz seit 2020 im Vergleich zu den Jahren 2016–17 nachgelassen hat.¹⁶ Konservative Katholik*innen, die ggf. einfach freundliche Berichte über Johannes Paul II. und Benedikt XVI. schätzten, wurden durch *kath.net* niederschwellig an neurechte Medien herangeführt, die sie offenbar als politische Bündnispartner schätzen lernen sollten. Diese Strategie hat zumindest in Teilen gefruchtet: Inzwischen entsprechen die Userkommentare der dort diskutierenden Stammklientel (bis auf einzelne Ausnahmen) im Wesentlichen denen aus neurechten und rechtsextremen Medien. Wer im Kommentarbereich Vorbehalte gegen die AfD veröffentlicht, ist rasch Außenseiter.¹⁷

Ähnlich erging es zeitweise auch evangelischen bzw. evangelikalischen Christ*innen, wenn sie auf der Website der *Deutschen Evangelischen Allianz* (Netzwerk zahlreicher unterschiedlich profilierter christlicher Verbände, Werke und Ortsallianzen) die Nachrichtenrubrik des »Arbeitskreises Religionsfreiheit« (jetzt: AK Religionsfreiheit, Menschenrechte, Verfolgte Christen) lasen. Bis zu langwierigen kontroversen Diskussionen innerhalb der *Allianz*, zwischen *Allianz* und Evangelischer Kirche Deutschland (EKD) sowie einer Umgestaltung der Website im Jahr 2018 übernahm diese Nachrichtenrubrik zahlreiche Texte über Christenverfolgungen ohne jede kritische Einordnung der Quellen aus der *JF*, dem neurechten Magazin *eigentümlich frei* (*ef-magazin*), der *Preußischen Allgemeinen Zeitung – Ostpreußenblatt*, den Blogs *Politically incorrect* (*pi-news*), *unzensuriert.at* und dem anonymen islamfeindlich-rechten Weblog *koptisch.wordpress* (allein von dort 183 Textübernahmen in den Jahren 2010 und 2011). Aufgrund solcher Textübernahmen stellte die Nachrichtenrubrik der *Allianz*-Website u. a. eine von extrem rechten Parteien organisierte antimuslimische Hetze als seriös-christliche »Demo gegen Christenverfolgung in Köln« (am 22.9.2013) dar, ein andermal gewalttätige Rechtsextremisten als seriöse Politiker und Referenten (z. B. Stephen Yaxley-Lennon alias Tommy Robinson in der von *pi-news* übernommenen Meldung »Frankreich: Internationale Islamisierungskonferenz« vom 18.12.2010). Während *koptisch.wordpress* oder *pi-news* durch unseriöse Aufmachung und rechtslastige Ästhetik ihrer Websites kritische Leser*innen sofort skeptisch machen, erschienen dieselben Artikel dieser Medien auf der Seite der *Allianz* optisch wesentlich seriöser, was den Brückeneffekt noch verschärfte. Nachdem die Problematik dieser Verlinkungen öffentlich aufge-

15 Das Interview ist abrufbar unter: web.archive.org/web/20070528161149/http://kath.net/detail.php?id=17898 (21.05.2021; auch per Screenshot gesichert).

16 So z. B. die Äußerungen Zollitschs zur AfD im Sommer 2013: www.kath.net/news/42362; www.kath.net/news/42371; www.kath.net/news/42374; www.kath.net/news/42412; vgl. auch: www.kath.net/suche.php?suche=afd.

17 Vgl. dazu exemplarisch die Userdiskussion gegen die AfD-Kritik von »Sommerjunge«, an der sich auch »Gandalf« wertend beteiligt (www.kath.net/news/68181 zum Artikel »Verweltlicht und politisiert« vom 11.6.2019); ähnlich die Userdiskussion gegen die AfD-Kritik von »pfarrerah« (www.kath.net/news/75275 zum Artikel »Kehren Sie um und verlassen Sie den Weg des Verderbens zum Wohle unserer Kinder!« vom 26.5.2021). Alle Artikel und Userdiskussionen wurden am 21.9.2021 zuletzt eingesehen und per Screenshot gesichert.

deckt wurde, führten nach einer ersten Phase der Abwehr harte und kontroverse allianzinterne Diskussionen¹⁸ schließlich dazu, dass heute nur noch Meldungen von kirchlichen und menschenrechtsorientierten Organisationen sowie der der Allianz nahestehenden *idea*-Nachrichtenredaktion übernommen werden.

Rein private rechtschristliche Internetseiten hingegen unterstehen keinen kirchlichen Instanzen, Gemeinden oder kirchlichen Verbänden, die Widerspruch gegen allzu rechte und menschenfeindliche Haltungen einlegen oder reglementierend eingreifen könnten. Im Falle von *kath.net* können nicht einmal besonnene Stimmen innerhalb der User-Community eine deradikalisierende Funktion einnehmen, da die Kommentare von der Redaktion nach Prüfung freigeschaltet werden und der Chefredakteur auf diese Weise (und auch als »Gandalf« direkt in den Userdiskussionen) die erwünschte Richtung der Kommunikation vorgibt. Kritische Stimmen werden vom sich in die Userdiskussion einschaltenden Chefredakteur mindestens kritisiert und verwarnt, wenn nicht ge-

Umso wichtiger ist
daher der öffentliche
Widerspruch der
Kirchen, da Schweigen
ansonsten als Zustimmung
gewertet wird.

sperrt.¹⁹ Die bereits in den stark wertenden (und journalistischen Maßstäben nicht genügenden) Artikelüberschriften und meldungseinführenden Kurztiteln angelegte Bewertungsrichtung des Gemeldeten kann ihre Dynamik voll entfalten. Dementsprechend lassen sich auf *kath.net* seit Jahren politische und religiöse Radikalisierungsprozesse beobachten. Umso wichtiger sind daher der öffentliche Widerspruch bzw. die öffentliche Distanzierung der Kirchen von solchen Medien und Positionen, da Schweigen ansonsten von Außenstehenden als Einverständnis oder gar unumwundene Zustimmung gewertet wird.

18 Wichtige und zugleich stark umstrittene Punkte sprach der damalige Erste Vorsitzende der Evangelischen Allianz, Michael Diener, offen und mutig an, und warb und stritt dabei innerhalb der Allianz für menschenfreundliche Haltungen: vgl. dazu auch www.evangelisch.de/inhalte/124083/21-08-2015/diener-wirbt-fuer-offenheit-im-umgang-mit-anderen-religionen; www.evangelisch.de/inhalte/140609/05-12-2016/evangelikale-streiten-ueber-familienbild; www.evangelisch.de/inhalte/175960/22-09-2020/pietist-michael-diener-hat-sich-veraendert-ja-zu-segnung-homosexueller-paare.

19 Die AfD-kritische Äußerung des langjährigen *kath.net*-Users »Diasporakatholik« führt zur Verweigerung einer Freischaltung und zu einer öffentlichen Verwarnung durch »Gandalf« (vgl. Userdiskussion auf www.kath.net/news/72558 zum Artikel »Ex-idea-Chef Helmut Matthies kritisiert Aachener katholische Verbände wegen Anti-AfD-Aktion« vom 18.9.2020). Im Kommentarbereich zum Artikel »Demo für alle: ›Nein‹ zu Falschbehauptungen von katholischer Theologin« vom 8.11.2018 gibt »Gandalf« eine Zustimmung zu den Thesen der von *kath.net* kritisierten Theologin sowie Kirchensteuerbefürwortung als Gründe einer Sperrung an (www.kath.net/news/61593).

Die Dynamiken der Radikalisierung möchte ich an zwei Beispielen veranschaulichen: Für den Kontext der Aufnahmekrise 2015/16 ließ sich durch eine umfassende Analyse von 77 kath.net-Artikeln und 504 Überschriften und Kurztexen der Jahre 2015–2017 zu den Stichworten »Asyl-« und »Flüchtling-« aufzeigen, wie Geflüchtete in der Berichterstattung verbal kriminalisiert und mit Gewalt und Terror assoziiert werden, während Engagement für Geflüchtete als krankhaft, als »Diktatur des Guten« und »Mentaler Extremismus« gebrandmarkt werden und kirchliche Hilfswerke als Krisengewinnler einer »lukrativen Flüchtlingsindustrie«. ²⁰ Im Zuge dieser Berichterstattung verstärkte und vereinheitlichte sich die Zustimmung zur AfD und ihren Positionen im Userkommentarbereich. Im Kontext der kirchlichen Amazonas-Synode im Oktober 2019 im Vatikan wurden in den Userdiskussionen des Kommentarbereichs neben der Befürwortung von Gewalt gegen Sachen auch ethnozentrische Einstellungen gegenüber indigenen Katholik*innen anderer Kontinente sichtbar. Der maßgeblich von Papst Franziskus und den Bischöfen der Amazonasregion vorbereiteten Synode, die sich den sozialen und ökologischen Problemen der Region ebenso wie der Seelsorge im schwer zugänglichen Gebiet widmete, war auf *kath.net*

20 Vgl. dazu: Sonja Angelika Strube, Abwehrhaltungen statt Willkommenskultur? Rechtspopulistische Argumentationsstrukturen gegen die Aufnahme Geflüchteter in rechtschristlichen Medien, in: Marianne Heimbach-Steins (Hg.), Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften (Bd. 58/2017), 45–56; vgl. etwa die Artikel »In Deutschland herrscht eine ›Diktatur des Guten‹« vom 26.1.2016 ([kath.net/news/53747](https://www.kath.net/news/53747)); »Mentaler Extremismus« vom 22.8.2016 ([kath.net/news/56401](https://www.kath.net/news/56401)); »Kritik von David Berger: Woelki spricht lukrative Flüchtlinge ›heilig‹« vom 2.6.2016 ([kath.net/news/55402](https://www.kath.net/news/55402)).

schon Monate im Voraus mit Skepsis begegnet worden. Zum Anlass langanhaltender Empörung im rechtskatholischen Spektrum wurden Holzfiguren, die von indigenen Christen zur Amazonas-Synode mitgebracht und später in einen Gottesdienst in Rom einbezogen wurden. Diese Figuren wurden schließlich von einem jungen, anfänglich anonymen Österreicher in einer mit Körperkamera aufgenommenen Aktion aus der römischen Kirche entwendet und in den Tiber geworfen. Innerhalb eines Monats (21.10.–25.11.2019) erschienen auf *kath.net* 21 Artikel, die sich über die »Pachamama«-Figuren empörten und den Sachbeschädiger als Helden feierten. Eine Analyse der Userdiskussionen zu diesen Artikeln erweist Mechanismen des Otherings, durch die die indigenen Katholik*innen Lateinamerikas zu Heid*innen und der christlichen Kultur Fremden gemacht werden, während das Christliche, möglicherweise unbenutzt, mit dem Nordwesteuropäischen identifiziert wird. ²¹

21 Vgl. dazu: Sonja Angelika Strube, Antimodernismus als Autoritarismus? Zum Mehrwert sozialpsychologischer Analysekatoren im Kontext theologischer Fundamentalismusforschung, in: LIMINA Grazer theologische Perspektiven 4:1 (Frühjahr 2021), Religiöser Fundamentalismus: Gegenwärtige Erscheinungsformen, Strategien, Antwortversuche, 16–40, DOI: 10.25364/17.4:2021.1.2 auf: <https://limina-graz.eu/index.php/limina/issue/view/6>. Vgl. auch die Userdiskussionen zu den Artikeln »Katholiken werfen nackte ‚Pachamama‘-Figuren in den Tiber« vom 21.10.2019 (<https://www.kath.net/news/69504>) und »#Splashamama - ‚Warum ich diese Figuren in den Tiber werfen musste!‹« vom 4.11.2019 (<https://www.kath.net/news/69620>).

Seit Beginn meiner Forschung zum Themenfeld im Jahr 2011 hat sich einiges in der kirchlichen Wahrnehmung von und den Umgangsweisen mit den Gefahren von christlich-rechts verändert. Die anfängliche Bagatellisierung dessen, was »nur im Internet auf irgendwelchen abstrusen privaten Websites, die doch kein Mensch liest« geschieht, ist in den meisten Leitungsetagen der Landeskirchen und Bistümer Deutschlands einem mehrdimensionalen Problembewusstsein gewichen. Die starken Radikalisierungsdynamiken des Internets und seine ganz realen Auswirkungen auf das tägliche Leben werden ernst genommen, die kirchliche christliche Mitverantwortung für den Schutz der Demokratie und eine menschenfreundliche Gestaltung des Gemeinwesens wahrgenommen und die eigene Involviertheit in die Problematik erkannt.

Insbesondere seit Aufkommen der Pegida-Demonstrationen im Winter 2014/15 nahmen die öffentlich vernehmbaren kirchlichen Proteste gegen extrem rechte politische Gruppierungen und Parteien deutlich zu. Innerhalb der Kirchen kam es zunehmend zu Distanzierungen der Kirchenleitungen von rechtschristlichen Milieus und von rechtschristlichen Websites, die in ihren Anfängen noch auf bischöfliche Unterstützung hatten zählen können.²² Neben der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) erstellten auch EKD, Landeskirchen, die Deutsche Bischofskonferenz und zahlreiche kirchliche Verbände Arbeitshilfen gegen Rechtspopulismus und

Menschenfeindlichkeit.²³ Innerhalb konservativ-christlicher Milieus kam es zu selbstkritischen und/oder kontroversen Auseinandersetzungen um notwendige Abgrenzungen nach rechts.²⁴ Gleichzeitig sind in manchen Regionen allerdings auch Normalisierungen rechter Weltsichten in Gemeinden, also außerhalb des Internets, zu beobachten, ebenso wie die schon erwähnten Radikalisierungsdynamiken innerhalb rechtschristlicher Leserkreise. Mit Blick auf Leitungspersonen innerhalb der römisch-katholischen Kirchen stehen dem im deutschen Sprachraum wie auch bei Papst Franziskus wachen Problembewusstsein einzelne mit Personen und Gruppen der extremen Rechten kooperierende oder Verschwörungsmythen anheimfallende Bischöfe gegenüber (vgl. z.B. die mehrjährige Zusammenarbeit Kardinal Raymond Leo Burkes mit Steve Bannon oder der mit antisemitisch grundierten Corona-Verschwörungsmythen hantierende Aufruf »Veritas liberabit vos« vom Mai 2020).²⁵

²² So wurden *kath.net* und auch *gloria.tv* anfänglich finanziell unterstützt.

²³ www.ekd.de/texte-und-materialien-kirche-gegen-rechtspopulismus-49879.htm; www.dbk-shop.de/de/dem-populismus-widerstehen-arbeitshilfe-kirchlichen-umgang-rechtspopulistischen-tendenzen.html.

²⁴ So plädiert Uwe Heimowski als Politikbeauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz »um ihrer Glaubwürdigkeit willen« für selbstkritisches Hinterfragen »inhaltlicher wie personeller Berührungspunkte« innerhalb der Allianz: Uwe Heimowski/René Markstein, Rechtspopulistische Positionen und Evangelikale, in: Uwe Backes/Philipp W. Hildmann (Hg.), *Das Kreuz mit der Neuen Rechten? Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand*, München 2020, 104–155.

²⁵ web.archive.org/web/2020119004459/; Wortlaut des Aufrufs findet sich auf kath.net/kath.net/news/71579, die Website veritasliberabitvos.info ist mittlerweile nicht mehr aktiv (Stand: 23.09.2021).

3. Virtuelle Vernetzungen am rechten Rand der Kirchen verändern Kommunikations- und Vergemeinschaftungsprozesse

Mit dem Aufbau rechtschristlicher digitaler Medien, zumeist durch einzelne Privatpersonen und Hobbyautor*innen, ging die Bildung neuer rechtschristlicher Milieus einher, die zumindest zeitweise auch Einfluss in kirchliche Binnenräume hinein entfalten, Stimmung machen gegen progressive Kräfte in den Kirchen und insbesondere katholische Bischöfe unter Druck setzen bzw. zu setzen versuchen. Nichts-

Vernetzung zeitigt neue Formen des Online-Aktivismus und der Vergemeinschaftung

destotrotz stellen rechtschristliche Milieus in weiten Teilen Deutschlands nur kleine Splittergruppen innerhalb der Großkirchen dar, doch das Internet ermöglicht Kleinstgruppen und selbst Einzelpersonen mit geringstem Kostenaufwand große Auftritte und eine potenziell weltweite Verbreitung der eigenen Inhalte. So wird eine digitale Vernetzung von an ihren Wohnorten vereinzelt (ggf. gar vereinsamten) Personen möglich, die bei den Betroffenen oft zum Eindruck führt, Stimme einer schweigenden Mehrheit zu sein. Diese Vernetzung zeitigt neue Formen des Online-Aktivismus und der Vergemeinschaftung. Rund um eine Website bildet sich eine mehr oder weniger große Leserschaft; zumindest einige lernen sich durch

regelmäßige Beiträge in Userforen näher kennen, wenn auch oft nur unter Pseudonym. Die Websites werben um Unterschriften für Petitionen, animieren ihre Leser*innen unter Bekanntgabe von Verbindungsdaten zu Protestbriefen an Bischöf*innen und Politiker*innen sowie zu Shitstorms.²⁶ Bisweilen werden unter User*innen auch spontan gemeinsame Aktionen geplant – so gab es auf *kath.net* im Frühjahr 2021 eine Verabredung, die von der Gemeinde gehissten Regenbogenfahnen der Heilig Kreuz Kirche in Dülmen zu entfernen.²⁷

Garanten der eigenen Glaubenspositionen können nun auch weit entfernt lebende Personen werden. Zu einer maßgeblichen Autorität für Rechtskatholik*innen weltweit avancierte z. B. der deutschsprachige Weihbischof Athanasius Schneider in Kasachstan (vgl. auch Lamprecht in diesem Band).²⁸ Für rechtschristliche Protestant*innen via youtube überregional relevant

26 Vgl. z. B. die Angabe der Kontaktdaten von Bischof Genn durch die rechtschristliche Bloggerin Felizita Küble auf pi-news: www.pi-news.net/2017/01/bischof-angst-vor-islamisierung-unbegruendet/; *kath.net* ruft regelmäßig zu Protestmails an Bischöfe auf (z. B. www.kath.net/news/44790).

27 So stephanus2 und Kreuzfahrer100 aus Münster sowie SalvatoreMio aus Lingen, am 26. und 27.3.2021 auf: www.kath.net/news/74692.

28 Vgl. dazu z. B. den begeisterten Artikel des privaten rechtskatholischen Blogs *katholisches.info* Giuseppe Nardi, Die konservative katholische Kirche lebt in Kasachstan (auf: daz.asia/blog/der-traditionalismus-lebt-in-kasachstan/). Theologisch traditionalistisch ausgerichtet und erklärter Gegner von Papst Franziskus, tritt er u. a. für die theologische Rechtfertigung der Todesstrafe ein, vertritt in einer öffentlichen Erklärung mit theologischem Anspruch Verschwörungsnarrative und antisemitische Klischees (Erklärung *Veritas liberabit vos*) und veröffentlichte auch auf der anonymen rechtsextremen Website *kreuz.net*.

geworden ist der Bremer Pfarrer Olaf Latzel, dessen scharf abgrenzende, Andersgläubige und Anderslebende abwertenden und diffamierenden Aussagen bereits seit Mitte der 2000er Jahre für Aufsehen sorgen und zu Ermittlungen (2015) bzw. zur Verurteilung (2020) wegen Volksverhetzung führten.²⁹

Geteilte politische Ziele wie die Fixierung patriarchaler Familienstrukturen und Geschlechterrollen, eine gesellschaftlich verbindliche moralische Ächtung und ggf. Strafverfolgung homosexueller Menschen, die Ablehnung pluraler offener menschenrechtsbasierter (und nur so auch demokratischer) Gesellschaftsformen bzw. die Favorisierung illiberaler autoritärer Regierungsstile führten in den vergangenen 20 Jahren bezeichnenderweise zu einer pragmatisch-politischen rechtschristlichen »Ökumene 2.0«³⁰ zwischen Gruppen, die einander bislang in zentralen Glaubensfragen (z. B. Abendmahls- und

Weiheverständnis) der Häresie bezichtigten. Auch internationale Vernetzungen werden im Internet mit wenigen Handgriffen bewerkstelligt; technische Sprachassistenten ermöglichen inzwischen Übersetzungen, was die Formation einer global vernetzten, politisch aktiven christlichen Rechten wesentlich erleichtert. Die besonderen Kommunikationsdynamiken der Sozialen Medien, zumal da, wo sie Anonymität/Pseudonymität zulassen, fördern undurchdachte und stark emotionalisierte Äußerungen, Verkürzungen, Polarisierungen, Eskalationen in Richtung Hetze und Hassrede sowie Radikalisierungen auch in Personenkreisen, die sich als Christ*innen verstehen.

Dennoch sollte man die Größe rechtschristlicher Gruppen zumindest in Deutschland nicht überschätzen, denn häufig erzeugen wenige Einzelpersonen im rechten und rechtschristlichen Spektrum durch gezieltes Erstellen zahlreicher Websites künstlich den Eindruck von Masse. Diese mit den Fachbegriffen »Kunstrasenbewegung« und »Astroturfing« bezeichnete Taktik lässt sich exemplarisch z. B. anhand der zahlreichen AfD-nahen Websites studieren, die von Sven von Storch, alleine oder zusammen mit seiner Ehefrau, der AfD-Politikerin Beatrix von Storch, betrieben werden.³¹

29 Zur Prüfung auf mögliche Straftatbestände durch die Staatsanwaltschaft führte seine Predigt vom 18.1.2015, nach der sich zahlreiche Pfarrer*innen und Mitglieder der Bremer Evangelischen Kirche von Olaf Latzel und seinen Positionen distanzieren (vgl. z. B. www.evangelisch.de/inhalte/112795/05-02-2015/es-ist-uns-unertraeglich). Äußerungen auf einem Eheseminar, die sich gegen Homosexuelle richteten, führten nach einer Anzeige zu einem Verfahren und zur Verurteilung wegen Volksverhetzung (am 25.11.2020; s. www.evangelisch.de/inhalte/178851/25-11-2020/bremer-pastor-olaf-latzel-wegen-volksverhetzung-verurteilt). Dagegen hat Latzel Berufung eingelegt; seine vorläufige Suspendierung durch die Bremische Evangelische Kirche ist aktuell ausgesetzt (s. www.kirche-bremen.de/aktuelles/presse-service/nachrichten-details/kirchenleitung-eroeffnet-disziplinarverfahren-gegen-pastor/; Stand: 23.09.2021).

30 www.uibk.ac.at/projects/postsecular-conflicts/events/files/ecumenism-2.0/web-rgow-2018-10.pdf.

31 Mehr dazu s.: Sonja Angelika Strube, Christliche Unterstützer der AfD: Milieus, Schnittmengen, Allianzen, in: Stefan Orth/Volker Resing (Hg.), AfD, Pegida & Co. Angriff auf die Religion?, Freiburg i. B. 2017, 58–71.

4. Kernthemen im Schnittfeld zwischen der politischen extremen Rechten und einem »Rechtschristentum«

Bereits gegen Ende der 1990er Jahre erkannten Vordenker einer inzwischen europaweit, bis nach Russland und in die USA vernetzten extremen Rechten, dass zwei ideologische Themenbereiche in besonderer Weise anschlussfähig sind an gesamtgesellschaftlich verbreitete Ressentiments ebenso wie an Wertvorstellungen bestimmter bürgerlicher und konservativ-christlicher Milieus: zum einen ein religiös verklausulierter, kulturalisierter, auf tatsächlich oder vermeintlich muslimische Menschen fokussierter antimuslimischer Rassismus, der zudem die bedrohte Lage von Christ*innen in manchen Regionen der Welt für sich instrumentalisiert, und zum anderen ein sich zum Anti-Genderismus³² erweiternder Anti-Feminismus, der gegen die Rechte von Frauen, gegen Geschlechtergerechtigkeit und gegen lesbische, schwule, bisexuelle, intergeschlechtliche und Trans*-Menschen agiert. Mit diesen beiden Themenfeldern gelingt es, an vorhandene Ressentiments und Vorurteile (z. B. gegen Fremde, Homosexuelle etc.) ebenso wie an Ängste (Gefühle der Bedrohtheit, des Verlusts), aber auch

an positive Emotionen (z. B. Geborgenheit in einer Familie) anzuschließen, diese zu verstärken und politisch zu instrumentalisieren, ohne dass die dahinterstehende extrem rechte Agen-

Zwei Themen sind in besonderer Weise anschlussfähig an bürgerliche und konservativ-christliche Milieus: antimuslimischer Rassismus und Anti-Feminismus

da durchschaut wird. Unverschlüsselter unverhohlener Antisemitismus, vor allem in leicht durchschaubaren Ausdrucksformen, wurde in Teilen der Intellektuellen Rechten dagegen aus strategischen Gründen in der Öffentlichkeit zeitweise vermieden, um die Einordnung ihrer autoritären, gegen Demokratie und Menschenrechte gerichteten Auffassungen und Aktivitäten als rechtsextrem und verfassungsfeindlich zu erschweren.

Nicht nur kritische, sondern auch explizit feindselige Einstellungen gegenüber dem Islam als Religion ebenso wie gegenüber Menschen muslimischen Glaubens können in manchen christlichen Milieus anknüpfen an die Überzeugung, dass allein der christliche Glaube wahr und somit jede andere Religion ein Irrtum sei, der kein Recht für sich beanspruchen dürfe. Bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil war dies die of-

32 Den Begriff prägten Sabine Hark und Paula-Irene Villa 2015 mit ihrer Publikation: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (Bielefeld 2015). Aktuell auch: Sonja A. Strube/Rita Perintfalvi/Raphaëla Hemet/Miriam Metze/Cicek Sahbaz (Hg.), *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation*, Bielefeld 2021, open access auf: www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5315-1/anti-genderismus-in-europa/.

fizielle Haltung der römisch-katholischen Kirche – es galt die Auffassung: »Kein Heil außerhalb der katholischen Kirche!« – also auch nicht in den protestantischen Kirchen. Erst mit dem Konzil, insbesondere mit der Konzilserklärung »Nostra aetate« (1965) über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, hat die katholische Kirche ihre vormals exklusivistische Haltung korrigiert und gelernt zu erkennen und anzuerkennen, was in anderen Religionen »wahr und heilig ist«³³. Evangelische Gläubige ringen im Bemühen um interreligiösen Dialog bisweilen mit dem Vers Johannes 14, 6, der Jesus die Worte »Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater außer durch mich« in den Mund legt. Manche konservative Christ*innen, die die von ihren Kirchen in tiefer Gläubigkeit vollzogenen theologischen Erneuerungen nicht mitvollziehen können oder wollen, können ihre Ablehnung Andersgläubiger somit mit Schriftversen oder langjährig geltenden kirchlichen Lehren begründen. Obwohl ein Vorbehalt gegenüber dem Wahrheitsanspruch einer anderen Religion nicht schon gleichzusetzen ist mit Muslim*innen-, Migrations- und Migrant*innenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, zeigt sich auf rechtschristlichen Internetseiten leider seit zwei Jahrzehnten, dass religiöse Vorbehalte fließend in Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit übergehen und sich de facto auch mit offenem Rassismus mischen können (s. u.).

Während rechte Islam- und Muslimfeindlichkeit insbesondere innerhalb der katholischen Kirche unter Verweis auf die Konzilserklärung »Nostra aetate« (s. o.) auf deutlichen Widerspruch nicht nur vieler Gemeinden und Verbände, sondern auch vieler Bischöfe stieß, scheinen die Themen des Anti-Genderismus der christlichen Lehre nahe zu stehen, und manchen Christ*innen wie kirchenleitenden Personen fällt die Abgrenzung hier deutlich schwerer. Die Befürwortung traditioneller Familienbilder, die Betonung vorgeblich »naturegebe-

Die Themen des
Anti-Genderismus
scheinen
der christlichen Lehre
nahe zu stehen, und
manchen Christ*innen
wie kirchenleitenden
Personen fällt die Abgren-
zung hier schwerer

ner« Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die Ablehnung von Homosexualität als Sünde waren lange traditioneller Bestandteil christlicher Weltbilder – innerhalb der katholischen Kirche erfahren sie erst aktuell eine kritische Hinterfragung in offenen Diskussionen und auch durch Bischöfe. Der Einsatz für Lebensschutz und das Lebensrecht aller Menschen gehört unbestritten zum Kern christli-

33 www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_nostra-aetate_ge.html.

cher Glaubensüberzeugungen; gestritten bzw. gerungen werden muss um die Frage, wie und auf welche Weisen der Einsatz für den Schutz des Lebens (nicht nur ungeborener Menschen) geschehen und wie mit den Rechten und Bedürfnissen aller Betroffenen aus christlichem Glauben heraus umzugehen ist.

Insbesondere die AfD und mit ihr personell verbundene bzw. sympathisierende Initiativen wie die »Initiative Familienschutz« (Sven und Beatrix von Storch) oder die »Demo für alle« (Hedwig von Beverfoerde)³⁴ versuchten lange Zeit, über ihren Anti-Gender-Aktivismus³⁵ und das Hochhalten traditioneller Familienbilder die Unterstützung insbesondere der katholischen Kirche zu gewinnen. Als im Vorfeld des AfD-Parteitag 2017 in Köln deutlich wurde,

dass dies nicht gelingt, schwenkte die Partei um, fordert nun die Abschaffung der Kirchensteuer und legt ihren Mitgliedern den Kirchenaustritt nahe.

Obwohl die Themenfelder des Anti-Genderismus und einer »Islamkritik« genannten Islam- und Muslimfeindlichkeit mit Bedacht gewählt wurden, um in bürgerliche Milieus vorzudringen, sind sie zugleich auch anschlussfähig an rechtsextreme Ideologien, bilden sie doch zwei Seiten einer völkisch-rassistischen Medaille. Während ein – ggf. antimuslimisch oder antisemitisch zugespitzter – Rassismus gegen konstruierte »Anderer« eines imaginierten »Außerhalb« des eigenen Volkes gerichtet ist, richtet sich der Anti-Genderismus gegen sogenannte »innere Volksfeinde«, die auf unterschiedliche Weise einer im völkischen Denken vorgesehenen »Verpflichtung zur Fortpflanzung« gegenüber der sogenannten »Volksgemeinschaft« nicht nachkommen.³⁶

Gerade an den Themenfeldern »Familie und Lebensschutz« und »bedrohte Christ*innen« zeigt sich, wie genau Christ*innen und Kirchen heute hinschauen müssen, um auf Täuschungsstrategien extrem rechter Aktivist*innen nicht hereinzufallen und sich nicht versehentlich gemein zu machen mit Gruppen, die zwecks Erzeugung eines bürgerlichen Images ihren Hass auf Migrant*innen ebenso wie auf eine

34 Für die Internetpräsenz der Initiative steht mittlerweile Sven von Storch als Vertreter verantwortlich im Impressum. Hedwig von Beverfoerde hat im Februar 2016 in einer öffentlichen Stellungnahme über die »Demo für alle«-Website erklärt, nicht mehr Teil der Initiative zu sein, obwohl sie bis dahin im Impressum stand. In der Stellungnahme bestreitet sie auch, dass die AfD oder Beatrix von Storch an der »Demo für alle« beteiligt sind. Die Erklärung findet sich hier: demofueralle.de/2016/02/11/richtigstellung-oeffentlicher-falschbehauptungen/. [Abgerufen zuletzt: 26.08.2021]

35 Vgl. dazu: Sonja A. Strube u. a. (Hg.), *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation*, Bielefeld 2021, kostenloser Download auf: www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5315-1/anti-genderismus-in-europa/; Sonja Angelika Strube, Expertise zur Broschüre: »Gender-Ideologie. Ein Leitfaden« aus der Broschürenreihe »Glaubens-Kompass« herausgegeben von »Kirche in Not« (KIN) bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/STRUBE-Expertise-zu-Genderismus-Brosch%C3%BCre-Jan-2015-7-2016.pdf.

36 Vgl. Sonja Angelika Strube, *Rassismus und Sexismus als Kernideologien der Extremen Rechten, Symptome des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Elemente kyriarchaler Herrschaft: Interdisziplinäre Impulse*, in: Asmaa El Maaroufi/Sonja A. Strube/Deborah Williger (Hg.), *Jenseits der Grenzen. Dualistische Denkmuster überwinden*, Jahrbuch Theologische Zoologie Band 3, Münster 2021, 15-29.

plurale, diverse und offene Gesellschaft hinter vermeintlicher Moral und vorgeschützter Christlichkeit verstecken wollen. Gleichmaßen zeigt sich, dass es auch im Raum von Christentum und Kirchen nötig ist, traditionelle Weltbilder und Wertvorstellungen immer wieder kritisch daraufhin zu prüfen, ob sie Menschenfreundlichkeit unterstützen oder eventuell ungewollt menschenfeindliche Einstellungen

Es ist nicht möglich,
Themen, die von
Rechten besetzt
werden, einfach nur
fallen zu lassen – sie
dürfen jedoch niemals im
Verbund mit antidemo-
kratischen Kräften
angegangen werden

verstärken. Schließlich zeigt sich auch, dass es nicht möglich ist, Themen, die von Rechten besetzt werden, einfach nur fallen zu lassen – der Einsatz für die Religionsfreiheit wie für das Lebensrecht aller Menschen bleiben Kernaufgaben der Kirchen, die jedoch niemals im Verbund mit antidemokratischen Kräften angegangen werden dürfen.

Über beide Themenfelder – Islamfeindlichkeit (inklusive der Instrumentalisierung der Christenverfolgungsthematik) und Anti-Genderismus (inklusive der Instrumentalisierung der Lebensschutzthematik) – gelangen den Akteur*innen des extrem rechten Spektrums (punk-

tuelle) milieuübergreifende Vernetzungen, die zuvor nicht vorstellbar waren. So etwa unterwanderten Neonazis christliche Pro-Life-Gebetsmärsche 2008/2009 in München, ohne dass die Organisator*innen sich dagegen verwehren; einige evangelikale, pietistische, orthodoxe und katholische Christ*innen hatten, wie bei der »Demo für alle« zu beobachten, mehrfach kein Problem damit, gemeinsam mit Anhänger*innen der »Identitären Bewegung« gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu demonstrieren. Gut, wenn kirchenleitende Personen dann diese Taktiken rechtzeitig durchschauen und sich, wie der Stadtdechant von Stuttgart oder die Erzdiözese München-Freising, öffentlich und mit klaren Begründungen distanzieren.³⁷

5. Webseitenanalysen verweisen auf gemeinsame Ursachen rechter politischer Einstellungen und rigider religiöser Stile

Während Teile der politischen Neuen bzw. extremen Rechten Versatzstücke des Christlichen für ihre rechte Politik instrumentalisieren, agieren Rechtschrist*innen aus ihrem spezifischen Glaubensverständnis heraus politisch rechts – wobei sich durchaus eine Schnittmenge gleichermaßen gläubiger wie extrem rechter, strategisch agierender Personen ergibt. Politisch rechte wie rechtschristliche Strömungen treffen sich in ihrer Abwertung derer, die ihnen als

37 Vgl. dazu: www.erzbistum-muenchen.de/news/bistum/Erzdiocese-distanziert-sich-von-Gebetszug-1000-Kreuze-fuer-das-Leben-19463.news; Christian Hermes, Kirchlich-politische Wachsamkeit. Die AfD als Prüfstein, in: Stefan Orth/Volker Resing (Hg.), AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?, Freiburg/B. 2017, 72–91.

»die Anderen« erscheinen, insbesondere muslimischer, ggf. auch jüdischer Menschen, LGBTIQ-Personen – sowie Frauen. Die Diskriminierung Letztgenannter kann auch »benevolent« begründet werden, wenn sie etwa wohlklingend als ganz besondere Menschen – sanft, demütig, sich für andere aufopfernd, gebärfähig – gepriesen werden, um ihnen aufgrund dieser vermeintlichen Auszeichnungen gleiche Rechte zu verweigern.

Abwertungen und Menschenfeindlichkeit gegenüber anderen gehören eigentlich gerade nicht zur Kernbotschaft des Christlichen, doch lässt sich skizzieren, wie Gläubige aus einem bestimmten religiösen Selbstverständnis heraus, nämlich dem der exklusiven Überlegenheit der eigenen Glaubensvorstellungen gegenüber allen anderen, stufenweise zu menschenverachtendem Hass kommen können (nicht: müssen), der dann nahtlos in rechtsextrems Denken übergehen kann.³⁸ Die im Folgenden dargestellte schrittweise Eskalation lässt sich anhand zahlreicher User-Diskussionen auf rechtschristlichen Websites nachvollziehen. Wer exklusiv die eigenen Glaubensvorstellungen mit der – uns Menschen eigentlich immer unverfügbar bleibenden – ewigen Wahrheit Gottes gleichsetzt, muss alle anderen Lebens- und Glaubensweisen als zumindest graduell schlechter als die eigene ansehen und teilt damit letztlich bereits eine antipluralistische Grundeinstellung. Von hier ist es nur ein kleiner, wenn-

gleich entscheidender Schritt zu einer dualistischen Weltsicht, die alles »Andere« als grundlegend schlecht, böse oder sündig ablehnt, und somit implizit bereits der Vorstellung eines autoritären christlichen Gottesstaates nähersteht als einer pluralistischen Demokratie. Von den abgelehnten »anderen« Lebensmaximen wiederum führt der Weg leicht weiter zur feindseligen Ablehnung andersdenkender Menschen als »Häretiker*innen«, »Ungläubige«,

Feindselige
Abwehrhaltungen
gegen andere religiöse
Maxime bieten
Anschlussmöglichkeiten
für Antisemitismus, anti-
muslimischen Rassismus,
Homophobie, Emanzipations-
und Frauenfeindlichkeit

»Sünder*innen« (die, um eine Kontaminierung durch Kontakt mit Sünder*innen zu vermeiden, fortan womöglich gemieden werden). Feindselige Abwehrhaltungen gegen andere religiöse Maxime bieten niederschwellige Anschlussmöglichkeiten für Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus – als »Abwehr« vermeintlich »falscher« Glaubensweisen – ebenso wie für Homophobie, Emanzipations- und Frauenfeindlichkeit – als »Abwehr« vermeintlich »falscher« Lebensweisen. Verbreitete Aggression gegen Regelübertreter*innen, gepaart mit virtuellen Selbstbestätigungsdynamiken, führen schließlich auch auf rechtschristlichen Websites zur Verteufelung Andersgläubiger

³⁸ Zum Folgenden vgl. auch: Sonja Angelika Strube, Religiositäten und Vorurteilsstrukturen. Empirische Beobachtungen zu religiös motiviertem Autoritarismus in katholischen Milieus, in: Andreas Lob-Hüdepohl/Johannes Eurich (Hg.), Aufblitzen des Widerständigen. Soziale Arbeit der Kirchen und die Frage des Widerstands während der NS-Zeit, Stuttgart 2018, 167–191.

und Anderslebender, ggf. bis ein solcher religiöser Extremismus in seinen Ausdrucksformen von rechtsextremen Aussagen nicht mehr unterscheidbar ist. Der Übergang rigider fundamentalistischer Christ*innen in die politische Gedankenwelt der extremen Rechten wird umso leichter, insofern Rassismus selbst in explizit rechtsextremen Kreisen derzeit eher kulturalisiert wird und die extreme Rechte familienbezogene Themen als Agitationsfelder für sich entdeckt hat.

Auf rechtschristlichen Websites herrschen eine negative Weltsicht, Pessimismus und Misstrauen sowie ein dualistisches Weltbild mit ausgeprägtem Freund-Feind-Denken vor

Schaut man auf Sprachgebrauch und Sprachstile rechtschristlicher Websites, so fallen unabhängig von theologischer und konfessioneller Prägung typische Muster auf. In User-Kommentaren und zumeist auch Artikeln und redaktionellen Einfügungen herrschen eine negative Weltsicht, Pessimismus und Misstrauen sowie ein dualistisches Weltbild mit ausgeprägtem Freund-Feind-Denken vor. Diese Welt – immerhin Gottes Schöpfung – wird zumeist als durch und durch verdorben vorgestellt.

Skandalberichte bzw. die Skandalisierung an sich harmloser Sachverhalte prägen vielfach die Berichterstattung. Das Lächerlichmachen Andersdenkender ist an der Tagesordnung, bisweilen rutscht es in hasserfüllten Sprachgebrauch ab. Die extrem rigiden Moralvorstellungen sind zumeist fixiert auf den Bereich der Sexualität, insbesondere der Homosexualität. Vielfach ertönen Rufe nach harten Strafen (auch: Beibehaltung der Todesstrafe) und Exkommunikation. Insbesondere dort, wo man keine Hoffnungen auf weltliche oder kirchliche Gerichtsentscheidungen im Sinne des eigenen Strafbedürfnisses hegt, finden sich ausgeprägte Strafgerichts- und Höllenvorstellungen. So droht etwa die in rechtskatholischen Kreisen initiierte Unterschriftenaktion »Gegen die sakrilegischen aktionen [sic!] von Papst Franziskus«³⁹ vom November 2019 dem Papst und allen, die sich für interreligiösen Dialog und interkulturellen Respekt einsetzen, mit Gottesstrafen und ewiger Verdammnis. In einigen Milieus des rechtschristlichen Spektrums sind apokalyptische Rache- und Triumphfantasien verbreitet. Insbesondere seit Beginn der Corona-Pandemie finden sich vermehrt Verschwörungsnarrative, teilweise bis in vatikanische Kreise hinein (s. o. »Veritas liberabit vos«). Ein bezeichnendes Schlaglicht auf psychische Dynamiken wie ein ausgeprägtes Strafbedürfnis und die Abwehr ambivalenter und/oder weicher Gefühle warf auch die ausgeprägte Polemik gegen Barmherzigkeit, die User-Diskussionen auf *kath.net* seit Ankündigung des »Jahres der Barmherzigkeit« durch Papst Franziskus im März 2015 weit über das Jahr hinaus prägte.

39 <https://web.archive.org/web/20191210155235/https://www.contrarecentiasacrilegia.org/de/>.

In meinen Analysen verbreiteter Sprach- und Denkstile in rechtschristlichen Medien sowie religiöser Einstellungen und Radikalisierungen in kath.net-Userkommentaren zeigte sich, dass sich in ihnen ein Konglomerat an Haltungen niederschlägt, das in der Sozialpsychologie unter den Begriffen Autoritarismus bzw. autoritäre Persönlichkeit (Theodor Adorno et al., aufbauend auf Erich Fromms Studien zum autoritären Charakter) verhandelt wird.⁴⁰ Autoritarismus ist vor allem gekennzeichnet durch das Bedürfnis, sich einem strikten Regel- und Normensystem und/oder einer starken Führerpersönlichkeit zu unterwerfen, verbunden mit einem ausgeprägten Strafbedürfnis gegenüber allen, die weniger rigide leben und/oder sich an andere als die eigenen Regeln halten. Weitere Merkmale sind ein ausgeprägter Konformitätsdrang (Konventionalismus) sowie, Adorno et al. folgend, Abwehrhaltungen gegenüber »weichen« Gefühlen und Regungen (Anti-Intrazeption), weiter Machtdenken, Stereotypie, Destruktivität und Zynismus, ggf. ein Hang zu Aberglauben und Verschwörungsmythen, das Projizieren eigener als negativ bewerteter Regungen auf andere und eine übermäßige Beschäftigung mit Themen der Sexualität.⁴¹ Als psychische Ursachen vermuteten Adorno und sein

Team, psychoanalytischen Denkströmungen folgend, eine »Ich-Schwäche«, durch die es einer Person schwer fällt, ihr Handeln bewusst und reif zwischen ihren eigenen Bedürfnissen und den Anforderungen ihrer Umwelt auszutarieren, und ein mangelndes Vertrauen des Individuums in seine eigene Wahrnehmung und Urteilsfähigkeit (Gewissenschwäche). Relevant ist ebenfalls die Unfähigkeit, Ambivalenzen auszuhalten, die Else Frenkel-Brunswik unter

Autoritarismus prägt die Religiösitäten und politisch rechten Einstellungen zahlreicher Rechtschrist*innen

dem Terminus Ambiguitätsintoleranz erforschte. Autoritarismus gilt in der Sozialpsychologie als präzisester Prädiktor rechtsextremer Einstellungen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im Falle zahlreicher Rechtschrist*innen scheint er deren (rigide, regel- und strafbetonte) Religiösitäten ebenso zu prägen wie ihre politisch rechten Einstellungen.⁴²

40 Vgl. Sonja A. Strube, Expertise: Ursachen des innerkirchlichen Widerstands gegen Papst Franziskus und seine Reformen. Empirische Beobachtungen zu fundamentalistischen und autoritären Haltungen unter römisch-katholischen Gläubigen am Beispiel der privaten Website »kath.net«, Reihe Osnabrücker Hochschulschriften – E-Publikation der Universität Osnabrück, auf: repositorium.uni-osnabrueck.de/handle/urn:nbn:de:gbv:700-201906131663.

41 Vgl. zu Folgendem Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M. 1995, 40–61. hier bes. 45.

42 Auf Zusammenhänge zwischen Autoritarismus und bestimmten (nicht allen) Formen religiösen Fundamentalismus weisen auch die quantitativen Studien von Bob Altemeyer und Bruce E. Hunsberger (Authoritarianism, religious fundamentalism, quest, and prejudice. In: *International Journal for the Psychology of Religion*, 2 (2) 1992, 113–133) hin.

Besonders gefährdet
wären vor allem jene
religiöse Gruppierungen,
die durch starre dogma-
tisch-unflexible Weltsichten
und ein rigides
Normengerüst geprägt sind

Besonders gefährdet, rechte politische Einstellungen zu entwickeln, wären somit vor allem jene religiösen Gruppierungen und Strömungen, die durch starre dogmatistisch-unflexible Weltsichten und ein rigides Normengerüst geprägt sind, die sich exklusiv im Besitz der Wahrheit wähnen und daher ein dualistisches Welt-

bild hegen. Hinter der Härte und Schärfe ihrer Maßstäbe und Urteile verbirgt sich, Adorno zufolge, tatsächlich Ich- und Gewissens-Schwäche. Sich selbst, die eigene Glaubensgemeinschaft und den eigenen Glauben kritisch hinterfragen zu können und/oder sich offen und neugierig auf Andersdenkende einlassen und sich von ihnen anfragen lassen zu können, zeigt dagegen nicht nur Persönlichkeitsstärke und Ambiguitätstoleranz, sondern ist auch als echte Gewissens- und Glaubensstärke anzusehen. Hier zeigt sich, dass die intensive Analyse rechtschristlicher Medien nicht nur politisch und kirchenpolitisch destruktive Vernetzungen aufdecken und so vor ihnen warnen kann, sondern dass sie auch konstruktiv den Blick schärft für das spezifische Profil menschenfreundlicher religiöser Stile und für das, was notwendig ist, um sie zu fördern.



Harald Lamprecht

Die göttliche Ordnung

Theologische Analysen einer Selbstdarstellung rechten Christentums

In zwei Sammelbänden wurde der Versuch unternommen, rechtsnationale politische Einstellungen und christliche Traditionselemente miteinander zu verbinden. Welche theologischen Argumentationen sind dabei tragend? Die folgende Analyse nimmt eine kritische Einordnung vor.

Ein Buchprojekt und seine Urheber

Der Kernbereich der extremen Rechten steht dem Christentum insgesamt grundsätzlich ablehnend gegenüber. Im Bereich der Neuen Rechten und im Rechtspopulismus sind aber immer wieder Versuche des Anknüpfens an christliche Traditionen – bis hin zur Vereinnahmung – zu beobachten. In vielen Fällen geschieht dies eher oberflächlich. Reflektierte inhaltliche Begrün-

dungen sind selten. In diesem Kontext ist ein Buchprojekt beachtenswert, das sich anschickt, hier gegen den Strom zu schwimmen. 2018 erschien im österreichischen Ares-Verlag ein erster Band unter dem Titel »Rechtes Christentum? Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedanken«. Ein Jahr später erschien als Fortsetzung und gewissermaßen als Band zwei der kleinen Reihe in gleicher Aufmachung und von den gleichen Herausgebern »Nation, Europa, Christenheit. Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus«.



Dr. Harald Lamprecht
Beauftragter für Weltanschauungsfragen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, Geschäftsführer des Evangelischen Bundes

Sachsen, Sprecher der sächsischen ökumenischen Arbeitsgemeinschaft »Kirche für Demokratie und Menschenrechte«, zahlreiche Publikationen zu Fragen von Religion und Gesellschaft, Herausgeber der Zeitschrift »Confessio« (www.confessio.de).

Im Folgenden sollen diese beiden Bände näher betrachtet und analysiert werden. Was sind Grundelemente einer solchen »rechten Theologie«? Welche biblischen Aussagen werden aufgenommen und welche Konsequenzen folgen daraus für die Gestaltung der Gesellschaft?

Herausgegeben sind die beiden Bände von drei Personen, die sich selbst dezidiert als aktive und engagierte Christen verstehen.

Dr. Felix Dirsch wurde 1967 geboren und studierte zunächst katholische Theologie und Philosophie und teilweise parallel dazu Politikwissenschaft in München.¹ Später promovierte er an der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München über katholische Sozialphilosophie. Seine Habilitation erschien 2012 unter dem Titel »Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens.« Die berufliche Laufbahn bleibt etwas nebulös. Er selbst schreibt, er sei »im Schulbetrieb« und »in der Erwachsenenbildung« tätig gewesen.² An anderen Stellen ist von Diensten als Vertretungslehrer die Rede.³ Seit 2013 ist er Professor für politische Wissenschaft an der Universität Gjumri in Armenien, wo er gelegentlich Blockveranstaltungen hält.

Volker Münz (*1964) ist Bundestagsabgeordneter der AfD für den Wahlkreis Göppingen in Baden-Württemberg, im Bundesvorstand der Vereinigung »Christen in der AfD« und kirchenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Er ist Wirtschaftswissenschaftler und arbeitete zuletzt bei einer Bank. In seiner jetzigen Heimat in Württemberg ist er Mitglied der Evangelischen Kirche und war auch Mitglied des Kirchgemeinderates.

Thomas Wawerka (*1975) hat evangelische Theologie studiert und war in Sachsen Pfarrer zur Anstellung, wurde aber nicht in den Dienst

der Landeskirche übernommen. Dabei spielte sein publizistisches Engagement im Bereich der Neuen Rechten, speziell in der »Sezession« von Götz Kubitschek, auch eine Rolle.⁴ Inzwischen ist er Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Volker Münz.

Den Herausgebern ist es gelungen, eine Reihe durchaus unterschiedlicher Personen zur Mitwirkung an dem Buchprojekt zu gewinnen. Dies ist insofern aufschlussreich, weil das Profil der Personen offenbar die Bandbreite dessen markiert, was sich gegenwärtig im intellektuellen Bereich mit beiden Attributen »rechts« und »christlich« in einer Verbindung sehen lässt. Das Spektrum reicht dabei von einer Protagonistin der Identitären Bewegung wie Caroline Sommerfeld und Autoren der Neuen Rechten wie Martin Lichtmesz auf der einen Seite bis zu gestandenen Evangelikalen wie Harald Seubert, Theologieprofessor an der evangelikalen Staatsunabhängigen Theologischen Hochschule Basel, auf der anderen Seite. Mit Jaklin Chatschadorian ist in Band 2 auch eine armenisch-orthodoxe Christin und Juristin beteiligt, die im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung mitwirkt. Katholischerseits ist mit Athanasius Schneider ein Weihbischof aus Astana/Kasachstan beteiligt, der zum rechtskatholischen Flügel gehört und auch auf kath.net und kreuz.net publiziert. An beiden Bänden ist jeweils neben zehn Männern eine Frau beteiligt.

Im Blick auf die Ökumene ist bemerkenswert, dass hier Personen zusammengebracht wurden, deren Herkunftsmilieus ökumenische Zusammenarbeit in der Regel aus theologischen Grün-

- 1 Auf www.felix-dirsch.de hat Felix Dirsch u. a. einen tabellarischen Lebenslauf veröffentlicht. [Zugriffsdatum aller genannten Webseiten: 4.6.2021]
- 2 felix-dirsch.de, »Über mich«. Die dort angegebene Lehrbeauftragung in München ließ sich nicht verifizieren.
- 3 de.wikipedia.org/w/index.php?title=Felix_Dirsch&oldid=210445809.

- 4 Einen Kommentar zu den Vorgängen gibt es in der Kirchenzeitung DER SONNTAG, www.sonntag-sachsen.de/2017/02/rechts-abgebogen.

Im Blick auf die Ökumene ist bemerkenswert, dass hier Personen zusammengebracht wurden, deren Herkunftsmilieus in der Regel aus theologischen Gründen die ökumenische Zusammenarbeit ablehnen.

den ablehnen. Im evangelikal-konservativen Milieu gibt es traditionell eine gehörige Skepsis gegenüber der organisierten Ökumene und handfeste Kritik an Klerikalismus und Papstfrömmigkeit. Diese letzten beiden Punkte wiederum sind für die beteiligten rechtskatholischen Mitautoren keineswegs zu überwindende Irrtümer der Kirchengeschichte. Sie bilden geradezu das emotionale Herzstück ihrer Frömmigkeit. Daher sind sie eigentlich keine Freunde des Protestantismus. Viel eher sind sie geneigt, den verhassten Liberalismus, die Säkularisierung und den kirchlichen Bedeutungsverlust als Folge von Reformation und protestantischer Autoritätsabkehr zu verdammen. Diese theologischen Differenzen werden aber nicht thematisiert, vermutlich weil man sich in der politischen Kampfrichtung verbunden weiß. Bearbeitet oder ausgeräumt sind sie damit keineswegs. Man hat sich offenbar pragmatisch darauf geeinigt, da nicht zu gründlich hinzuschauen.

Das Verbindende in dem heterogenen Kreis der Autor*innen ist eben primär kein religiöses, sondern ein politisches Anliegen. Es geht darum, »rechtem« Politikverständnis einen besseren Resonanzraum zu verschaffen. Zielgruppe sind allerdings an religiösen Fragen und theologischen Begründungen interessierte Personen. Deshalb kann und soll auch theologisch argumentiert werden. Das fällt insgesamt gesehen aber schwach aus. Eine ganze Reihe von Beiträgen begibt sich überhaupt nicht auf die Ebene einer theologischen argumentativen Auseinandersetzung. Das ist einerseits schade, weil dies nun gerade der interessante Punkt des Projektes gewesen wäre. Andererseits ist es wahrscheinlich der Sache geschuldet, dass dieses politische Ziel aus sachlich-inhaltlichen Gründen nicht mit dem Betreiben solider theologischer Arbeit, sondern nur mit dem Vermeiden derselben zu erreichen ist. Darum bleiben die meisten Artikel in historischen Betrachtungen oder dem Verweis auf Autoritäten stecken.

Die folgenden Abschnitte unternehmen dennoch den Versuch, soweit möglich einige theologische Grundlinien herauszuschälen, die den Artikeln zugrunde liegen und daher als konstitutiv für eine »rechte Theologie« angesehen werden können.⁵

5 In dem hier zur Verfügung stehenden Raum war die Beschränkung auf einige Grundlinien erforderlich. Darum sei ergänzend auf eine andere differenzierte Analyse der gleichen Bände verwiesen, die unabhängig und parallel zu dieser Ausarbeitung entstanden ist: Martin Fritz: Im Bann der Dekadenz. Theologische Grundmotive der christlichen Rechten in Deutschland. In: J. H. Claussen, M. Fritz, A. Kubik, R. Leonhardt, A. v. Scheliha (Hg.): Christentum von rechts. Theologische Erkundungen und Kritik, Tübingen (Mohr Siebeck) 2021, 9–64.

1. Grundlagen: Ordnung und Autorität

1.1 Schöpfungsordnung, Naturrecht und die liberale Gesellschaft

Unter den theologisch geprägten Themen ist der in vielen Aufsätzen zu findende Versuch eines christlich begründeten Ordnungsdenkens zentral. Grundgedanke dahinter ist die Auffassung, es gebe eine von Gott in der Schöpfung angelegte grundlegende Ordnung hinter allem Sein. Aufgabe des Menschen sei es, diese wohl gefügten Ordnungen Gottes zu erkennen und zu respektieren sowie seine eigene Rolle im Rahmen dieser Zuweisungen einzunehmen. Diese sogenannten »Schöpfungsordnungen« können sich auf verschiedene Bereiche erstrecken. Je nach Interpretation betrifft dies das Verhältnis zwischen Männern und Frauen oder auch die Gliederung in verschiedene Völker. Viele Probleme der Gegenwart werden damit begründet, dass diese göttlichen Ordnungen nicht mehr eingehalten würden und damit die natürliche gottgewollte Ordnung verlassen wäre. An ihre Stelle seien rein menschliche Konstrukte getreten. Da diese aber nicht der »natürlichen Ordnung« entsprächen, ließen sie sich nur mit Ideologie und Zwang aufrechterhalten – so eine gängige Sichtweise.

Häufig ist in diesem Zusammenhang der Rekurs auf das sogenannte »Naturrecht«. Der Begriff meint in jedem Menschen innewohnendes Bewusstsein für grundlegende ethische Standards. Diese sind unabhängig von verschiedenen Kulturen und historischen Prägungen. Deshalb ist das Naturrecht – und darauf kommt es hier an – von zeitbedingten Einsichten oder Mehrheitsauffassungen per definitionem unberührt.

Die Idee, dass es so etwas wie ein Naturrecht gibt, ist weithin akzeptiert und kein Spezifikum rechter Vorstellungen. Umstritten ist aber, was jeweils konkret dazu gehört.

In rechtsnationalen Kreisen wird stark auf naturrechtliche Argumentationen Bezug genommen. Das zeigen die Aufsätze in den beiden untersuchten Bänden deutlich. Insbesondere wird versucht, traditionelle patriarchale, monarchische und anderweitig autoritär strukturierte Herrschaftsformen als angeblich naturrechtlich bestimmt festzulegen. Ein markantes Beispiel ist der Beitrag von Daniel Führung in »Nation, Europa, Christenheit«, S. 202ff⁶.

In liberalen Kreisen wird einer Argumentation mit Naturrecht und angeblicher Schöpfungsordnung in der Regel mit Skepsis begegnet. Grundlegend ist hier die Sichtweise, dass die Organisation der Gesellschaft in weiten Teilen eine Folge sozialer Prozesse ist. Diese sind immer das Ergebnis der jeweiligen Machtverhältnisse. Darum sind sie in einer freien Gesellschaft aber auch kritisierbar und können ggf. verändert werden.

Die unterschiedliche Interpretation des »Naturrechts« ist wesentlich.

⁶ Zitatangaben aus diesen beiden Büchern sind fortan mit Bandnummer (1: Rechtes Christentum?, 2: Nation, Europa, Christenheit) und Seitenzahl direkt im Text angegeben. In diesem Fall wäre die Angabe also 2.202ff.

Diese unterschiedliche Interpretation des »Nurrechts« ist wesentlich. Sie ist Grund dafür, dass der Hauptgegner rechter und neurechter Argumentation gar nicht in erster Linie »die Linken« sind (wie man zunächst vermuten könnte), sondern die freiheitliche (»liberale«) offene Gesellschaft. Es ist eben ein Grundzug des Liberalismus, die Begründung traditioneller Strukturen mit den Begriffen »Schöpfungsordnung« und »Nurrecht« zu hinterfragen und aufzulösen. In dieser Hinsicht hat der Liberalismus in der Tat ein destruktives Potenzial, weil er solche traditionellen Gewissheiten und Gewohnheiten stört. Hier wird daraus die Übertreibung konstruiert, er würde jegliche politische und sonstige Ordnung auflösen und die Welt dem Chaos und der Anarchie überlassen wollen. So meint Felix Dirsch, der »Liberalismus in seinen sehr verschiedenen Varianten« sei »der wesentliche Opponent jeder grundsätzlichen Ordnungspapologie« und es sei dessen Bestrebung »politische Institutionen zu destabilisieren« (1,21). Folglich müsse »gegen den Verfall basaler Ordnungsstrukturen« Widerstand geleistet werden.

Das ist nicht richtig, denn natürlich haben auch liberale Demokratien ihre Ordnungen. Nur sind diese eben nicht mehr rein autoritär begründet. Die Destruktion richtet sich also nicht gegen jegliche Ordnung an sich, sondern gegen schlecht oder falsch begründete Ordnungen. Außerdem gibt es im liberalen Bereich ebenfalls Ansätze zu einer nurrechtlichen Argumentation, nur an anderer Stelle: Die universalen Menschenrechte speisen sich unmittelbar aus dem Wesen des Menschseins. Daher erscheinen sie als den jeweiligen Rechtsordnungen der Länder vorgegeben und beanspruchen grundsätzliche moralische Geltung. Das gilt ins-

besondere auch dort, wo sie (noch) nicht durch Parlamentsabstimmung auch juristisch in Kraft gesetzt wurden.

1.2 Ständestaat, Französische Revolution und die Demokratie

Aus einem solchen Ordnungsdenken folgt bei einem Teil der Autoren eine Tendenz, traditionelle autoritäre Herrschaftssysteme zu verklären. Dazu gehört, dass die Demokratie mehr oder weniger deutlich abgelehnt und zumindest eine stille Bewunderung für die Monarchie deutlich wird. Als positiven Gewährsmann zitiert Felix Dirsch über mehrere Seiten den Vertreter der Gegenaufklärung und Verteidiger des Ancien Régime Joseph de Maistre (1753–1821). Dirsch referiert ohne jede Distanzierung, De Maistre spreche sich »gegen beliebige verfassungsgebende Versammlungen von Menschen aus, welche willkürliche Erlasse verkünden, die wiederum bindende Wirkungen entfalten sollen. Echte Gesetze erwachsen aus der geschichtlichen Überlieferung des Volkes selbst und sind von dessen Angehörigen kulturell verinnerlicht« (1.24). »Verstecktes Ziel der katholischen Glaubenslehre« sei demnach »die Sicherung der Monarchie«. De Maistres Schrift »Du Pape« gilt als Wegbereiter zur Erklärung der päpstlichen Unfehlbarkeit.

Diese Begeisterung für ein unfehlbares Papsttum gilt natürlich nicht in gleicher Weise für die protestantischen Mitautoren. (Sie endet ja schon bei Felix Dirsch selbst, sobald es um Papst Franziskus geht.) Dem alten Ständestaat trauern aber auch sie etwas nach. Dort waren die Kirche und ihre Vertreter noch öffentliche Respektspersonen – auf einer Ebene mit Adel und Aristokratie.

Bedeutsam ist hier, wie die Französische Revolution von 1789 bewertet wird. Im Bereich der demokratischen Kultur wird sie überwiegend positiv gewürdigt, trotz der unbestrittenen Gräueltaten in den chaotischen Jahren unmittelbar danach. Schließlich hat sie eine auf massive Ausbeutung und Unterdrückung angelegte autoritär regierende absolutistische Monarchie beseitigt. Damit wurde der Grundstein für die moderne Republik gelegt. Auch die universellen Menschenrechte sind in diesem Kontext öffentlichkeitswirksam formuliert worden.

In dem hier betrachteten konservativ-rechtsnationalen Milieu wird die Französische Revolution allerdings nahezu ausschließlich negativ bewertet. Sie gilt als Auflehnung gegen die göttliche Ordnung und Ausgangspunkt der Säkularisierung. Dirsch referiert die Auffassung, Ergebnis der Französischen Revolution sei eine »Satanokratie« und die absolutistische Herrschaft ein Gottesgesetz, das nun durch »Eigengesetzlichkeit« abgelöst werde (1.23). Der Bedeutungsverlust kirchlicher Institutionen und ihrer Repräsentanten seit 1789 wird mit diversen gesellschaftlichen Problemen der Moderne in Verbindung gebracht und die Französische Revolution als Ausgangspunkt dieser Entwicklungen markiert. In solch einem Denkraum ist es schwer, ein positives Verhältnis zur Demokratie zu entwickeln. Entsprechend selten kommt es vor. Die Autoritäten der 1920er Jahre, die Armin Mohler in seiner »Konservativen Revolution« behandelt und die zu den wichtigen Bezugsgrößen der Neuen Rechten gehören, waren in diesem aristokratischen und eher demokratiefeindlichen Milieu verwurzelt. Dies hat Konsequenzen: Das Thema der Menschenrechte wird in diesen Kreisen ebenso grundsätzlich kritisch betrachtet wie die De-

mokratie. Beides ist verknüpft mit der Ablehnung der Revolution von 1789. Das wird nicht immer offen und klar formuliert. Schließlich gibt es einen gesellschaftlichen Druck, in dem diese beiden Elemente als zentrale Pfeiler der öffentlichen Ordnung anerkannt sind. Aber eine solche im Kern naturrechtlich begründete Vorstellung der »eigentlich« richtigeren göttlichen Ordnung schimmert doch immer mal wieder durch.

2. Zentrum: Volk und Nation

2.1 Biblische Perspektiven auf Nationen und Völker

Aus der naturrechtlichen Argumentation in sogenannten »Schöpfungsordnungen« folgt für die Vertreter*innen eines »rechten Christentums« auch die Gliederung der Menschheit in Völker und Nationen. Nun ist es ja überhaupt nicht strittig, dass faktisch Völker und Nationen auf dieser Erde existieren. Die Frage ist lediglich, was daraus folgt. Wie stark bindet die Zugehörigkeit das Individuum? Sind die Völker unveränderlich, also auf alle Zeiten in der Schöpfung festgelegt und damit auch an ein bestimmtes Siedlungsgebiet gebunden? Biblisch sind diese Fragen ganz klar zu verneinen. Schon Abraham hat auf ein göttliches Verheißungswort hin seine angestammte Heimat verlassen und wurde also »Migrant«. Mit diesem Wechsel des Siedlungsortes ist die gesamte biblische Verheißung verknüpft. Die biblisch viel zitierte »Treue Abrahams« zu Gott besteht darin, dass er das Land seiner Väter verlassen hat, um im Vertrauen auf Gottes Beistand anderswo ein neues Leben zu beginnen.

Das sehen allerdings mehrere Autoren der Bücher zum »rechten Christentum« anders. Deren Beiträge zeigen eindrucklich, mit welchen Methoden sie die Bibel gegen ihre Aussageabsicht bürsten. Selektive Zitate und Auslassungen sollen belegen, was nicht zu belegen ist. In etlichen Fällen genügt den Autoren das Auftreten der Begriffe »Volk« oder »Nation«, um daraus ein positives biblisches Votum zu den überladenen Konstrukten zu schlussfolgern, die sie selbst damit verbinden.

Die Beiträge mehrerer Autoren von Büchern zum »rechten Christentum« zeigen eindrucklich, mit welchen Methoden sie die Bibel gegen ihre Aussageabsicht bürsten.

Der Beitrag von Godehard Michaelis (2.49ff) ist dafür ein anschauliches Beispiel. So will er im Lied des Mose schon den Gedanken finden, dass »eigene Gebiete und Lebensräume« der Völker »der göttlichen Schöpfungsordnung« entsprechen (2.49). Michaelis verweist sogar auf die »Treue des Stammvaters Abraham«. Dessen Migration erwähnt er allerdings mit keiner Silbe. Stattdessen betont er das »Selbstverständnis des alttestamentlichen Israel als Kult- und gleichzeitig auch als Abstammungsgemeinschaft« (2.49). Zweck der Geschlechtsregister sei die »Erhaltung einer gesicherten Abstammungsgemeinschaft« (2.50). Die Landnahme Israels ist ihrem Wesen nach eigentlich sehr deutlich ein Wechsel von »traditionellen«

Siedlungsgebieten. Das übergeht Michaelis. Ihn interessiert dabei nur die »Aufteilung der Stammesgebiete nach der Landnahme« und das Verbot der Vermischung mit anderen Völkern im Umfeld. Und so geht es weiter: Aus dem vierten Gebot schlussfolgert er eine von Gott angeordnete »Bindung des einzelnen an die Abstammungsgemeinschaft« und Ps. 37,3 (Bleibe im Lande und nähre dich redlich«) wird zur engen »Bindung zum Volk«. Sämtliche Aussagen zum freundlichen Umgang mit Fremden werden ignoriert, aber mit Verweis Dtn 28,43 geschlussfolgert: »Überfremdung mit allen Folgen taucht somit im Alten Testament als Strafe für Gottvergessenheit und Götzendienst auf und wird auch so empfunden.« (2.50) Aus einem Beispiel für Völkerverständigung und friedliche Zusammenarbeit wie beim Tempelbau mit Unterstützung von König Hiram wird bei Michaelis ein Beleg für »Ethnopluralismus« (2.51).

Beim Durchgang durch das Neue Testament wird die Rosinenpickerei noch etwas kurioser. Die Ablehnung, die Jesus in Nazareth entgegenschlägt (»Ein Prophet gilt nirgends weniger als in seinem Vaterland und in seinem Hause.« Mt 13,57), deutet er hier in »ein Zeichen der Verbundenheit mit dem Vaterland« (2.52) um. Er zieht daraus die atemberaubende Schlussfolgerung: »Heimat und (Blut-)Abstammung (im Sinne des bis 2000 im bundesdeutschen Recht geltenden, auf naturrechtlicher Basis bestehenden Abstammungsprinzips ›ius sanguinis‹) sind in den Worten Christi damit in eine selbstverständliche Beziehung gesetzt.« (2.52) Dies ist umso bemerkenswerter, als er selbst in der Fußnote darauf hinweist, dass das Bundesverfassungsgericht 2017 den ethnischen Volksbegriff als verurteilenswertes zentrales Prinzip des Nationalsozialismus charakterisiert hat (NPD-Verbotsantrag, AZ: 2 BvB 1/13).

Es lassen sich viele weitere Beispiele für solch massive Verdrehungen aufführen. Ähnliche Umkehrungen biblischer Aussagen treten auch bei anderen Autoren auf. So verweist Felix Dirsch darauf, dass Jesus gemäß Mt 15, 22–28 erklärt, nur »zu den verlorenen Schafen des Hauses Israel« gesandt zu sein. Darum weist er die kanaanäische Frau, »eine Ausländerin also, mit fast beleidigenden Worten zurück.« Daraus schlussfolgert Dirsch: »Nächstenliebe gilt dem Nächsten, nicht den Fernsten.« (1.34) Man reibt sich verwundert die Augen und fragt sich, ob in seiner Familienbibel Mäuse den Vers 28 weggefressen haben, der die Pointe und Auflösung der ganzen Perikope enthält: »Da antwortete Jesus und sprach zu ihr: Frau, dein Glaube ist groß. Dir geschehe, wie du willst! Und ihre Tochter wurde gesund zu derselben Stunde.« Das bedeutet doch ganz klar, dass starker Glaube in der Lage ist, die Trennung in Nationen und Völker zu überwinden. Darin liegt die eigentliche Aussageabsicht der ganzen Erzählung.

Die Rede von einer angeblichen »Schöpfungsordnung« in Bezug auf Völker und Nationen hat einen gravierenden Schönheitsfehler: Im Schöpfungsbericht kommen die Nationen nicht vor. Es gibt allerdings eine andere markante biblische Erzählung, die als »Entstehung der Nationen« gedeutet werden kann: Der Turmbau zu Babel (Gen 11). Allerdings ist der Anlass für die Entstehung der Völker dort nun nicht Gottes Schöpfungsplan, sondern die Überheblichkeit der Menschen, die sie Gott vergessen lässt. Die Trennung in Sprachen und Nationen erscheint dort als göttliche Strafe für den menschlichen Hochmut. Glücklicherweise gibt es dazu eine Fortführung der Geschichte im Pfingstwunder (Apg 2): Der Heilige Geist vermag es, diese Trennungen aufzuheben und

Verständigung über alle früheren Grenzen von Sprachen und Nationen herbeizuführen. In der göttlichen Wirklichkeit sind diese irdischen Trennungen überwunden.

Bei Thomas Wawerka gibt es allerdings eine umgekehrte Deutung. Für ihn ist der Turmbau zu Babel »eine gleichnishafte Erzählung, die die Vielfalt der Völker als Reichtum und deren Vereinigung zur ›einen Welt‹ oder zur totalen ›Menschheit‹ als Gefahr der Hybris darstellt« (1.180f). Das ist auch recht schräg argumentiert. Wenn man schon auf angebliche Schöpfungsordnungen verweisen möchte, dann sollte man auch dabei bleiben, dass die geeinte Menschheit die Schöpfungsordnung darstellt und die Trennung die Strafe war, nicht andersherum.

2.2 Wehrhaftes Christentum zur Identitätsstiftung

Wenn man die Trennung in Völker und Nationen für konstitutiv hält, dann kann daraus mit gewisser Logik auch das Recht bzw. die Pflicht zur Verteidigung der partikularen Interessen des jeweils eigenen Volkes geschlussfolgert werden. Da dieser Nationalismus einem »rechten Christentum« offensichtlich ein zentrales Anliegen ist, folgt daraus auch eine gewisse Militanz. Pazifismus ist definitiv keine Tugend in diesen Milieus. Im Grunde ist diese Militanz schon auf den Titelabbildungen beider Bücher offensichtlich. Dort ist weder Jesus noch seine Gemeinde, kein Gebet und kein Gottesdienst, keine Eucharistie und keine Taufe abgebildet, sondern ein kämpfender Ritter zu Pferde, der den Drachen ersticht bzw. ein mit Schwert und Schild gerüsteter Engel. Die kämpferische Abwehr von feindlichen Kräften steht im Zentrum der ikonografischen Botschaft der Bücher.

In den Sammelbänden sind es besonders die Beiträge von Caroline Sommerfeld und David Engels, die diese Thematik behandeln – in erschreckender Weise.

In ihrem Beitrag »Gegen Allahu akbar hilft nur Deus vult! Christentum und Identitäre Bewegung« stellt Caroline Sommerfeld Inhalt und Anliegen der Identitären Bewegung (IB) vor. Der Text ist insofern interessant, als er um das Christliche ringt. Zugleich ist er von erfrischender Ehrlichkeit, indem nicht groß um den heißen Brei herumgeredet wird. Die Autorin legt mit erstaunlicher Deutlichkeit dar, in welcher Weise die Inanspruchnahme des Christentums durch die IB gestaltet ist: Von diesem wird eigentlich nur die Hülle und der Name benötigt, um die eigene Bewegung in eine »Ahnenreihe christlicher Streiter« stellen zu können. Primäres Ziel ist eine Aktivierung der eigenen Mitglieder zum rückhaltlosen Einsatz für die politischen Ziele der IB. Die Ziele fasst Sommerfeld folgendermaßen zusammen: »Abwehr des Multikulturalismus als linker hegemonialer Ideologie, der stetig fortschreitenden Islamisierung des Okzidents und des darunter liegenden globalistischen Liberalismus« (1.192). Für diese Aktivierung braucht es eine emotionale Ansprache und existenzielle Betroffenheit.

Eine Besonderheit des Nationalismus der IB besteht nun darin, dass er mit dem Konzept des Ethnopluralismus auf die europäische Ebene gehoben wurde. Allerdings besteht für die IB die Schwierigkeit, ein solches »europäisches« Lebensgefühl zu erzeugen, das eine Wir-Identität schafft. Dazu braucht es zwei Dinge: 1) einen äußeren Feind und 2) eine eigene verbindende Identität. Den Feind gibt der Islam ab. Für Identität braucht es eine starke Gründungslegende. Dafür kommt nun das Christentum ins

Spiel: »Das Christentum ist die religiöse Tradition, der es gelang in entscheidenden Stunden, in denen das Schicksal alle Europäer zusammenfügte, ihnen diese Einheit auch bewusst zu machen.« (1.191) Die christliche Identität der IB ist dabei ganz klar nicht inhaltlich bestimmt, sondern allein als »Herkunftsidentität« bedeutsam. »Herkunftsidentität kann sich an und für sich auf Kulturchristentum beschränken, das heißt: Identitäre müssen nicht gläubig sein, die IB ist keine christliche Bewegung und hätte wahrscheinlich auch kaum ein so breites Sympathisantenspektrum, wenn sie es wäre.« (1.194) Das Christentum wird benutzt, um eine europäische Identität für ein militärisches Verteidigungsbündnis gegen eine angeblich stets drohende »Islamische Eroberung« zusammenschmieden. Es ist diese emotionale Aktivierung, für die das Christentum das Material liefern soll. Im Grunde ist Sommerfelds Beitrag nicht weniger als der Versuch einer Theologie eines christlichen Dschihad. Es geht um eine theologische Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes gegen die angeblichen Feinde der eigenen Identität: »Politisch zu denken bedeutet, die fiktive Intimbeziehung zu jedem Mitmenschen zu überschreiten und in Völkern, Staaten und Großkonflikten zu denken. Und solange Gott noch nicht der ›Gott der Völker‹, also aller Völker ist, können sich Christen in Gottes Namen gegen andere Völker oder gegen eine satanische Weltregierung erheben.« (1.200). Dass allerdings der Gott Israels von der Schöpfung an auch der »Gott der Völker« ist, bleibt eine christliche Grundüberzeugung. So sehr sich Sommerfeld und die IB auch zu angeblichen Verteidiger*innen des Christentums aufschwingen – mit der Botschaft von Jesus haben sie erklärtermaßen nichts zu tun. Jesus forderte Petrus auf, der ihn bewaffnet verteidigen wollte: »Stecke dein Schwert in die Scheide.« (Joh 18, 11). In der Berg-

predigt sprach er von der Feindesliebe. Es liegen Welten zwischen Jesus und dem IB-Pathos. Der Titel »Defensor fidei« (Verteidiger des Glaubens) wird schamlos in Anspruch genommen, ohne dass es dabei tatsächlich um den Glauben ginge, sondern lediglich um ein Herkunftsprinzip und die Konstruktion eines Feindbildes. Inhaltlich handelt es sich bei diesem christlich bemäntelten Heldenmythos im Grunde um heidnisches Denken. Die IB glaubt nicht an Versöhnung, sondern an den Machtkampf. Sie vertritt rein militärisches Freund-Feind-Denken anhand religiöser Grenzen. Religiös daran ist einzig die Emotionalität, mit der der Furor zur »Verteidigung des Eigenen« heraufbeschworen werden soll.

Der Text von David Engels »Der Untergang des Abendlandes, der Aufstieg des Islams und die Zukunft des Christentums – Kulturmorphologische Überlegungen« ist auf seine Weise noch problematischer als die christlich verbrämte Kriegsheldenschmiede der IB. Engels ist ein belgischer Althistoriker, der bereits im Alter von 29 Jahren auf den Lehrstuhl für römische Geschichte in Brüssel berufen wurde. Seit 2018 wirkt er am staatlichen Institut Zachodni in Posen (Polen). Engels' Beitrag argumentiert im Kern rein machtpolitisch. Auch er zeichnet das Angstbild eines Europas, das »in den nächsten Jahren von einer islamischen Völkerwanderung überrannt« werde und »den baldigen Zusammenbruch seiner Zivilisation« fürchten müsse (1.147). Offen sei »nur die Frage, inwieweit diese Entwicklung letztendlich zum Ab- oder gar Aussterben des Christentums in seinem europäischen Mutterland führen wird, wie dies etwa mit dem Buddhismus im Indien der Post Gupta-Zeit oder dem Zoroastrismus im islamischen Iran der Fall gewesen ist.« (1.154) Folglich sei radikale Gegenwehr nötig. Das »Abendland«

sieht er durch EU, Globalisierung, »Masseneinwanderung«, Elitendemokratie, Liberalismus u. a. m. am Abgrund und meint, »dass es im Rahmen unseres gegenwärtigen politischen Systems vollkommen unmöglich sein wird, auch nur ansatzweise Abhilfe zu schaffen« (1.147). Dieser radikale Systemwechsel, den Engels pro-

Der Autor sieht ›das Abendland‹ durch EU, Globalisierung, ›Masseneinwanderung‹, Elitendemokratie und Liberalismus am Abgrund

pagiert, zeigt unverkennbar Züge eines totalitären Systems. Die »korrekte Lesart humanistischer Ideale« ist für ihn für »die Abwärtsspirale des europäischen Kontinents« verantwortlich, »Achtung der Menschenwürde«, »Freiheit«, »Demokratie«, »Rechtsstaatlichkeit«, »Toleranz« und »Frieden« werden bei ihm allesamt negativ konnotiert und mit Abtreibung, Fiskalfucht, Parteienkartell, Gender-Theorie, Fundamentalismus und außenpolitischer Lähmung in Verbindung gebracht (1.148).

Zur Findung von Lösungen bringt Engels den »historischen Komparatismus« ins Spiel. Der Vergleich mit anderen Kulturen soll helfen, das »Machbare« vom »Wünschenswerten« zu unterscheiden (1.155). Seine zahlreichen historischen Beispiele berichten jeweils von staatlicher regulierender Religionspolitik, in denen unerwünschte religiöse Formen mit staatlicher Gewalt radikal zurückgedrängt wurden. Dies mündet in die Erwartung an »eine christliche

Reform«, die seiner Meinung nach »gut damit beraten wäre, ein ganz analoges Vorgehen zu betreiben« (1.156). Was ihm vorschwebt, ist eine »radikale Rückbesinnung der Kirche auf Form wie Inhalt der kulturell als verbindlich betrachteten religiösen Frühzeit der abendländischen Kultur zur Zeit des christlichen Mittelalters und dessen Traditionen und Glaubenswelt« (1.157). Dazu gehört dann auch eine radikale »Verbindung von Religion und Politik, Kirche und Staat«. Dabei setzt er seine Hoffnungen auf »den revolutionären Konservatismus einer jungen traditionalistischen Bewegung«, »deren Anfänge in der gegenwärtigen Widerstandsbewegung gegenüber einer säkularisierten, politisch korrekten, nur auf den sozialen Aspekt reduzierten Kirche lägen.« Diese Bewegung würde »ihre zunehmende Dominanz über die abendländische Gesellschaft ... durch Errichtung eines gemäßigten autoritären Regimes sichern« und damit »in gewisser Weise, wenn auch freilich unter modernistischen Bedingungen, die ideologische Situation der karolingisch-ottonischen Zeit wiedererstehen lassen« (1.157).

Diese Engelsche »Illusion von einer Wiedergeburt des Christentums« wäre in der Tat ein autoritäres Regime. Erschreckend ist das sich hier zeigende völlige Unverständnis gegenüber individualisierten Menschenrechten. Die ziemlich unverblümete Forderung nach vollständiger Abschaffung der Religionsfreiheit und das offene Bekenntnis zur Diktatur markieren einen Tiefpunkt in diesen beiden Bänden. Dass derartiges Denken in Kreisen eines sich als »rechts« verstehenden angeblichen Christentums möglich ist, ohne Anstoß zu erregen, wird damit leider eindrücklich demonstriert.

2.3 Islamfeindschaft contra Religionsfreiheit

Die Abwehr von Migration wird in der politischen Auseinandersetzung der Gegenwart oft mit einer angeblichen Bedrohung der kulturellen Identität durch eine wachsende Islamisierung begründet. Folglich sind die Beiträge von Caroline Sommerfeld und David Engels nicht die einzigen, die ein stark pauschalisiertes Feindbild vom Islam mitbringen. Deutlich ist dabei, dass die Darstellung der Andersartigkeit des Islam wesentlich zur Konstruktion der eigenen Identität benötigt wird. Dass die Kenntnis der islamischen Überlieferung wie auch der innermuslimischen Vielfalt dabei eher begrenzt ist (Ausnahme: Chatschadorian) überrascht auch wenig. Pauschalzuschreibungen helfen eben besser zur Feindbildpflege, die wiederum für die Ablehnung der Migration argumentativ gebraucht wird.

Benannt werden muss die Einstellung der Autor*innen zum Grundrecht der Religionsfreiheit. Zwar wird die Religionsfreiheit mitunter positiv als Errungenschaft der westlichen Zivilisation gegenüber dem Islam, der sie nicht vertreten würde, herausgestellt. Dennoch wird auch gefordert, dass gegenüber dem Islam die Religionsfreiheit ausgesetzt oder zumindest eingeschränkt werden müsse. Dies sei für den Erhalt der europäischen Kultur und der christlichen Religion zwingend erforderlich. Dafür werden zwei Argumente angeführt: Muslime würden durch Einwanderung und Geburtenüberschuss immer mehr und »uns« absehbar dominieren. Außerdem erkenne der Islam selbst die Religionsfreiheit nicht an. Beides in einem Satz: »Nimmt man diese Erkenntnis ernst, dann folgt daraus, dass die Immigration von Muslimen den Pluralismus der Ordnungen in Deutsch-

land bedroht. Denn sobald Muslime relevante Mehrheiten stellen, werden sie auch Macht ausüben können und ihre Vorstellungen einer »umfassenden Lebensordnung« im Sinne des Islam durchsetzen und anderen aufzwingen. [...] Man sollte deshalb alles dafür tun, dass diese Religion nicht immer mehr Einfluss in Europa gewinnt und ihre Lebensordnung anderen aufzwingen kann.« (Zöllner, 1.237, 1.241). Die Islamangst ist in Zöllners Beitrag das zentrale Argument gegen die christliche Unterstützung von Geflüchteten.

Man verteidigt ein Grundrecht nicht, indem man es abschafft.

Dazu drei Klarstellungen: Man verteidigt ein Grundrecht nicht, indem man es abschafft. Religionsfreiheit gilt für alle oder sie gilt nicht. Alle positiven Beteuerungen zur Religionsfreiheit sind Makulatur, wenn das Recht nicht in der Anwendung auch jedem Menschen zusteht.

Für die Gewährung der Religionsfreiheit ist es vollkommen unerheblich, wie die betreffenden Religionsgemeinschaften selbst dazu stehen. Die Religionsfreiheit ist ein Grundrecht, das der säkulare Staat gegen die Religionsgemeinschaften durchsetzt. Sie wurde in das deutsche Grundgesetz geschrieben zu einem Zeitpunkt, als die Kirchen selbst noch dagegen waren.⁷

7 Die römisch-katholische Kirche hat sich erst mit dem 2. Vatikanischen Konzil (Dignitas Humanae, Dezember 1965) positiv zur Religionsfreiheit bekannt. Für die evangelischen Kirchen ist der Zeitpunkt nicht so exakt datierbar.

Das beliebte Mehrheitsargument gilt genauso gegenüber Atheist*innen oder Buddhist*innen. Natürlich können sich Mehrheiten ändern – das gehört zum Wesen der Demokratie. Die Demokratie erhält man aber nicht, indem man Minderheiten unterdrückt und am Erreichen der Mehrheit hindert, sondern indem die demokratischen Institutionen (Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Religionsfreiheit, Pressefreiheit etc.) stabilisiert und gestärkt werden. Dann sind diese auch in der Lage, Menschen aus jeglichen Religionen in einer Weise aufzunehmen, die gesellschaftlich förderlich ist. Zugleich werden die Institutionen befähigt, Angriffen zu widerstehen, egal ob sie religiös oder politisch begründet sind.

3. Anwendung: Gott und Mensch

3.1 Religion und Politik: Getrennt oder nicht?

Sowohl liberal als auch nationalistisch eingestellte Christ*innen engagieren sich auch politisch – das ist offensichtlich. Sonst gäbe es weder diese Bücher noch diesen Artikel. Allerdings wird den »liberalen« Christ*innen von rechtsnationaler Seite regelmäßig das Recht auf politische Stellungnahmen abgesprochen. Auch dabei kann die Vorstellung von grundlegenden Schöpfungsordnungen herangezogen werden. Wenn diese das Gefüge der Welt einschließlich der Stellung im Universum und das Verhältnis zu den Mitmenschen bestimmen, dann reicht dies auch in das Verhältnis zwischen Gott und Mensch sowie den Bereich von Religion und Politik hinein. In der Begründung ist bei den Beiträgen allerdings eine deutliche konfessionelle Differenz zu beobachten.

Für die katholisch-traditionalistischen Autoren, allen voran Felix Dirsch, ist das menschliche Autonomiestreben grundsätzlich suspekt und für sich bereits Zeichen eines schrittweisen Abfalls von der gottgegebenen Ordnung. Dieser habe mit der Reformation begonnen und in der Französischen Revolution einen blutigen Höhepunkt erreicht. Die Öffnung der Kirche für die Modernisierung im Zweiten Vatikanischen Konzil sei ein weiterer wesentlicher Grund für Glaubensabfall und Selbstsäkularisierung. So hätten sich die gegenwärtigen Kirchen durch ihr politisches Engagement selbst »zu einer globalistischen Nichtregierungsorganisation« degradiert und damit ihren geistlichen Auftrag verfehlt (1.40). Auf dieser Linie liegt auch Weihbischof Athanasius Schneider, der einen Gegensatz einer »Stadt Gottes« und einer »Stadt der Menschen« aufmacht. Die Menschheitsgeschichte sei geprägt von Versuchen, »ein Leben, eine Gemeinschaft oder eine Stadt ohne und gegen Gott zu haben« (2.227). »Seit der Französischen Revolution hat die politische Gesellschaft und mit ihr schrittweise auch die öffentliche Meinung die Stadt Gottes, d. h. die Herrschaft Gottes, aus dem sozialen Leben der Menschen weitgehend ausgeschaltet.« (2.232). Von einer Trennung zwischen Staat und Religion ist hier nichts zu spüren. Stattdessen wird eine christliche Dominanz über das gesamte Leben, einschließlich des politischen Bereiches, faktisch vertreten – wie es bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil ja auch katholische Lehraufassung gewesen war.

Auf der evangelischen Seite wird an dieser Stelle häufig auf Luthers Zwei-Regimenten-Lehre verwiesen. Allerdings wird diese überwiegend in einer vergrößerten und missverstandenen Form als angebliche Zwei-Reiche-Lehre präsentiert. Darin gehe es um eine vergleichs-

weise harte Trennung zwischen weltlichem und geistlichem Bereich. Aufgabe der Kirche sei der geistliche Bereich. Sie habe sich allein um das Seelenheil zu kümmern. Für den weltlichen Bereich, den des Staates, habe sie kein Mandat (so Seubert, 1.61). Thomas Wawerka dazu: »Christus hat zu politischen Positionierungen nichts zu sagen, dagegen alles in Bezug auf das konkrete Verhalten einzelner Menschen. Nichts liegt ihm an einer wie auch immer gearteten Gestaltung der Gesellschaft, alles aber daran, dass der einzelne Eingang ins Reich Gottes finde.« (2.41) Stets wiederkehrender Vorwurf an die Kirchen der Gegenwart ist daher, dass ihr Engagement für Menschenrechte und Gerechtigkeit, für Umweltschutz und gegen Rechts extremismus in unzulässiger Weise diese Trennung der Bereiche missachten würde.

3.2 Säkulare Ersatzreligion und innerweltliche Heilssuche

Neben den rechtskatholischen Vorwurf der angeblichen Selbstsäkularisierung und seine protestantische Version von der vermeintlich missachteten Zwei-Reiche-Lehre tritt recht dominant noch eine dritte Form der Diskreditierung kirchlichen politischen Engagements: dessen Verunglimpfung als eine innerweltliche Ersatzreligion.

Mehrere Autoren kritisieren das Bemühen um Verbesserung der irdischen Verhältnisse als eine Utopie und den aussichtslosen Versuch, das Reich Gottes aus eigener Kraft bereits auf Erden zu errichten. So sieht Zöllner darin eine »zivilreligiöse Schwundform« und »einen Kult der Menschheit und des Sozialen, der den Kult des Erlösers verdrängt« (1.241). »In der politischen Utopie der ›Kosmopoliten‹ verliert der

Mensch die Geduld und will das Letzte (die Veröhnung und Einigkeit aller Menschen) schon im Vorletzten (in der Welt) verwirklicht sehen.« (1.242) Thomas Wawerka meint, eine »verhängnisvolle Tendenz hin zur Selbstvergottung« zu erkennen und beklagt eine mangelnde Trennung von Staat und solcher Ersatzreligion (2.37). In der Einleitung zu Band 2 schreiben die Herausgeber: »Selbst an der Spitze der katholischen Kirche nehmen manche eine säkulare Trias als zu verwirklichende Hauptaufgabe (statt des Einsatzes zugunsten des Seelenheils) wahr: Menschenrechte, Migration und Klimawandel. Dem globalistisch eingefärbten Humanitätsethos gebührt folglich ein hoher Stellenwert, vielleicht sogar der prioritäre.«

Radikaler geht der neurechte Autor Martin Lichtmesz vor, der eine angebliche säkulare politische Religion beschreibt, die er als »Globalismus« bzw. »humanitären Universalismus« bezeichnet. »Diese Religion ist der ideologische Oberbau des ökonomischen Globalismus und weist zwei Hauptzweige auf: einen liberalen, den man als ›Religion der Menschenrechte‹, und einen linken, den man als ›Kulturmarxismus‹ bezeichnen könnte.« (1.90)

Die Stilisierung menschenrechtsorientierter Anliegen als eigene Religion ist ein cleverer Kunstgriff. Auf diese Weise kann das Eintreten für Menschenrechte sowohl bei Menschen mit christlichen als auch bei solchen mit atheistischen Überzeugungen gleichermaßen diskreditiert werden. Für die einen verbindet sich damit der indirekte Vorwurf des Glaubensabfalls, weil sie ja dann nicht mehr der christlichen, sondern einer anderen Religion huldigen würden, nämlich einer atheistisch-humanistischen. Für die anderen wiederum sind Religionen in jeder Form suspekt, folglich lässt sich

mit der Stilisierung als Religion auch hier ein Abwehreffekt erzielen.

Die christliche Antwort auf solche Polemiken kann schlicht im Verweis auf das Handeln von Jesus bestehen. Er selbst hat sich den Kranken und Ausgestoßenen zugewendet und ihre Not gebessert. Das hat ihn nicht von seiner Verbindung mit Gott getrennt. Im Gegenteil, in seinen Abschiedsreden erklärt er das Eintreten für die Bedürftigen als den wahren Gottesdienst (Mt 25).

4. Abwendung: Mensch und Mitmensch

4.1 Menschenrechte

Mit Blick auf das Thema Menschenrechte fällt auf, dass diese erstaunlich wenig, und wenn, dann überwiegend ablehnend thematisiert werden. Zu den seltenen Ausnahmen gehört Volker Münz, dessen Aufsatz zumindest eine positive Würdigung der Menschenwürde enthält. Vollkommen korrekt stellt er dar, dass zum christlichen Menschenbild die Menschenwürde gehört, mit der jeder Mensch in gleicher Weise ausgestattet ist: »Jeder Mensch ist gleich viel wert, er besitzt die gleiche Menschenwürde. Dieses christliche Menschenbild hat im Prinzip der Menschenwürde seinen säkularen Niederschlag gefunden (in Deutschland in Art. 1 des Grundgesetzes).« (1.163) Allerdings benutzt er diese Aussage dann gleich als Ausgangspunkt für fundamentale Islamkritik, da islamische Staaten die Menschenrechte generell nicht respektierten. Dass auch einige seiner Mitautor*innen, deren Texte er als Herausgeber ebenfalls verantwortet, die Menschenrechte nicht als Leitlinie akzeptieren, scheint er nicht sehen zu wollen. So erkennt Daniel Zöllner zwar einer-

seits an, dass die Idee universeller Menschenrechte im Christentum wurzelt (1.233), formuliert dann aber unter Verweis auf den Historiker Rolf Peter Sieferle eine grundlegende Absage an die Menschenrechte: »Wir haben somit einen grundlegenden Gegensatz von humanitärem Universalismus, wie er in Begriffen von generell geltenden ›Menschenrechten‹ ausgedrückt wird, und den Überlebenschancen konkreter politischer Ordnungen vor uns. Wenn die ›Menschenrechte‹ als vorbehaltlos geltende Individualrechte wahrgenommen werden, kann dies jede ›demokratische‹ Ordnung sprengen, da diese ja immer nur für eine Partikularität, für eine ›Nation‹, ein ›Volk‹ oder eine ›Bürgerschaft‹ gilt.« Das Problem wird also in deren universeller Geltung gesehen, während politische Ordnungen immer partikular sind. Weil es aber konkrete politische Ordnungen geben muss, dürfe es keine universalen Menschenrechte geben – so die Argumentation. Dass ein solches Verdikt auch für alle sonstigen »naturrechtlichen« Annahmen über eine angebliche universale Ordnung gelten müsste, wird nicht debattiert.

Besonders deutlich wird die Ablehnung von Begriff und Inhalt der Menschenrechte bei Martin Lichtmesz. Bei ihm kommen sie ausschließlich negativ in den Blick. Das beginnt mit der Zuordnung zur »Religion des Globalismus« (1.90), sie gelten ihm als ein dogmatisches »Ideologem« wie »Pluralismus« und »Demokratie« (1.94), das Palaver von »Menschenrechten« und »christlichen Werten« habe dazu geführt, dass man »illiberalen Kräften wie dem Islam bereitwillig die Tore aufschließt« und damit »nichts weniger als die biologische Auslöschung der europäischen Völker aktiv vorantreibt (was mental auch dadurch vorberei-

tet wird, dass man sie zu bloßen Ansammlungen von Individuen erklärt)« (1.98). Er lobt die Überordnung der »nationalen Identität« über die Menschenrechte in der neuen ungarischen Verfassung. Dies gebe der Regierung eine Handhabe, »zum Beispiel die Aufnahme großer Kontingente muslimischer Einwanderer abzulehnen, zu der ›die Menschenrechte‹ angeblich verpflichten würden«. Dazu bezeichnet er die »mensenrechtlich fundierte plurale Demokratie« als eine »fatale liberale Fehlentwicklung« (1.111). Lichtmesz schreibt, die Menschenrechte »schnüren der Freiheit des Geistes die Luft ab und unterminieren die staatliche Handlungsfähigkeit«. Es gebe kein »Vaterland« mehr, »auf das man stolz sein kann und für dessen Freiheit man kämpft, sondern nur noch Standorte, an denen ›Menschenrechte‹ und ›Grundwerte‹ verwirklicht werden sollen, keine ›Völker‹ mehr, sondern nur mehr ›Bevölkerungen‹, zusammengesetzt aus Individuen, die zufällig denselben Pass besitzen.« Wenn Menschenrechten »die Priorität vor dem Dasein der gewachsenen ethnokulturellen Gemeinschaft eingeräumt« werde, seien »Selbsterfleischung, Selbstzerstörung, Selbstmord« die Folge. Rechtsstaatliche Demokratie und Menschenrechte seien die »obersten Götter« dieser Religion (1.112).

Solche Aussagen sind eindeutig rechtsextrem in dem Sinne, dass sie den durch die Verfassung bestimmten Rahmen verlassen. Sie fordern ausdrücklich, Abstammungsfragen über die Menschenrechte zu setzen. Das deutsche Grundgesetz sieht in der Menschenwürde und den Menschenrechten seinen obersten Rahmen, dem alle staatliche Gewalt untergeordnet ist. Die christliche Fundierung dieses Verfassungsgrundsatzes hat Volker Münz selbst, wie oben zitiert, herausgestellt.

4.2 Nächstenliebe oder »Fernstenliebe«?

Mit dem Thema der »Nächstenliebe« befinden wir uns in der Herzkammer christlicher Theologie. Die Liebe zu Gott und dem Nächsten nannte Jesus als Zusammenfassung aller göttlichen Bestimmungen (Lk 10,25ff.). Entsprechend zentral ist das theologische Argument der Nächstenliebe in den Debatten um den

Die Abwehr von Migration ist ein Kernanliegen rechtsnationaler Politik und nimmt in nahezu allen Beiträgen spürbaren Raum ein

Umgang mit Geflüchteten. Nun ist auf der anderen Seite die Abwehr von Migration ein Kernanliegen rechtsnationaler Politik. Entsprechend nimmt dieses Thema in nahezu allen Beiträgen spürbaren Raum ein.

Da die Aufforderung zur Nächstenliebe biblisch klar begründet und nicht zu leugnen ist, stellt man sich vor allem gegen eine Verknüpfung der Themen »Nächstenliebe« und »Migration« (z. B. 1.15). In der Gegenargumentation geht es immer darum, die Nächstenliebe für nicht zuständig zu erklären. Das geschieht auf vier verschiedene Weisen:

Die erste Argumentationslinie betrifft die Zuständigkeit: Nächstenliebe sei eine persönliche Kategorie für das einzelne Individuum, aber keine Richtlinie für staatliches Handeln (so z. B. Dirsch, 1.33, 1.35).

Eine zweite Argumentationslinie schaut auf die Objekte der Zuwendung. Sie konstruiert einen Gegensatz zwischen der biblischen »Nächstenliebe« und dem eigens dafür konstruierten Gegenbegriff einer »Fernstenliebe«. So wird hier behauptet, Jesu Gebot richte sich auf die Nahestehenden: in der eigenen Familie, dem eigenen Volk, aber eben nicht auf irgendwelche Fremden. So erklärt Thomas Wawerka: »Für die Nächsten aus Familie und Volk gilt, sie zu lieben wie sich selbst ... Christus fordert nirgends zu einer Jedermannslove auf.« (2.43) Diese Interpretation verdreht die biblische Aussage um 180 Grad. Der Samariter, den Jesus in Lukas 10 als Beispiel für gottgefälliges Handeln vorstellt, war ja gerade kein Familienmitglied, sondern selbst ein »Ausländer« – aber eben einer, der hilft, wo ein Mensch Hilfe braucht, ohne Berücksichtigung der Familie, Religion oder Herkunft des Opfers.

Eine dritte Linie versucht es mit der Unterscheidung von Regel und Ausnahme. Wawerka verweist dazu auf völkische Bezüge: »Das Gleichnis [vom barmherzigen Samariter] entfaltet seine volle Bedeutung erst, wenn man den natürlich-kreatürlichen Zusammenhang des Volkes mitbedenkt. ... Die unausgesprochene Kritik, die Christus vorbringt, zielt nicht etwa darauf ab, dass hartherzige und hasserfüllte Menschen einen Hilfsbedürftigen ignorieren (das wäre die »gut menschliche« Lesart), sondern dass Juden einen Juden, einen Angehörigen

ihres eigenen Volkes, ignorieren, dem sie doch nach dem Sittengesetz zur Solidarität verpflichtet sind [...] Der Samariter gehört nicht zum jüdischen Volk und ist dem jüdischen Opfer nicht zur Solidarität verpflichtet, dennoch tut er es und wird dadurch zum ethischen Vorbild. Christus thematisiert an diesem Beispiel Regel und Ausnahme.« (2.44) Daraus folgert er: »In der Verkündigung des kirchlichen Mainstreams wird diese Ausnahme häufig zur Regel gemacht, indem das Gleichnis z. B. instrumentalisiert wird, um zur Flüchtlingshilfe aufzurufen, während die Regel jedoch völlig außer Acht gelassen wird. Der Gedanke, dass das Sittengesetz Volksgeschwister einander zu einer schöpfungsgemäßen, allgemein menschlichen Solidarität verpflichtet, wird komplett verdrängt.« (2.45). Das Problem an Wawerkas Argumentation ist, dass Jesus mit dem Verhalten des Samariters eben keine »Ausnahme« schildern möchte. Sein Gleichnis gibt eine Anleitung für die allgemeine Regel, wie das Liebesgebot zu verstehen ist.

Die vierte Argumentationslinie geht auf ein höheres Abstraktionsniveau und nimmt eine Gegenüberstellung von »Prinzipienethik« und »Verantwortungsethik« vor. Demzufolge sei der Einsatz für Geflüchtete ja als Grundsatz gut und nett und würde den Prinzipien der Nächstenliebe auch genügen, aber man könne ja nicht alle aufnehmen und müsse die Folgen mit bedenken (die überwiegend negativ gesehen werden: Überfremdung, ethnische Vermischung, kulturelle Konkurrenz, Kosten für die Sozialsysteme). Darum sei in verantwortungsethischer Perspektive die Grenzöffnung abzulehnen. Dieser Gegensatz wird von mehreren Autoren aufgemacht (Dirsch 1.33, Münz, 1.169, Seubert 1.66, Lichtmesz 1.98). Das Problem liegt hier mehr in der Übertreibung. In der Sache

sind beide ethische Ansätze nicht so getrennt, wie es hier erscheint. Kirchliche Flüchtlingshilfe hat selbstverständlich auch die Konsequenzen des eigenen Tuns im Blick, kommt bezüglich der Details aber zu anderen Bewertungen.

4.3 Abwertung der Moral

Eine recht unerwartete Beobachtung betrifft Umgang und Stellenwert der Moral in den Texten dieser Sammelbände. Eigentlich ist man gewohnt, in christlich-konservativen Kreisen eine hohe und verpflichtende Stellung der Moral vertreten zu finden. Es gibt häufig Klagen eines angeblichen Abfalls der Moral in der Moderne und die Forderung, das Bemühen um »Werte« in der Gesellschaft wieder zu verstärken. Diese Aussage bezieht sich üblicherweise auf (christlich geprägte) moralische Werte, auch wenn deren genaue Konkretion mitunter diffus gelassen wird. Nicht umsonst nennt sich eine sich als besonders »konservativ« verstehende (und zu Recht stark umstrittene) Gruppe am rechten Rand der CDU/CSU »Werteunion«.

Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass in den Aufsätzen hier »Werte« und »Moral« überwiegend in negativ-abwertender Diktion in den Blick kommen. Zwar gibt es noch vereinzelt die traditionelle Klage über »moralischen Relativismus« (2.236). Auffällig stark hingegen findet sich die Verächtlichmachung einer angeblichen »überfordernden Hypermoral« (1.91), die sich für Geflüchtete und die Wahrung der Menschenrechte einsetzt. Die »Christen-Moral« gilt als »eine Wurzel des Übels der gegenwärtigen deutschen Migrationspolitik« (1.231). Die »Maßlosigkeit eines heutigen Moralismus« wird sogar mit dem »Wahn eines ehemaligen

Nationalismus« auf eine Stufe gestellt (2.112). Auch Wawerka verwendet viel Mühe auf die Destruktion der »Werte«, denen er die Geltung von »Ordnungen« fundamental entgegensetzt. »Es ist höchste Zeit für eine Wende von wertepolitischer hin zu ordnungspolitischer Ethik, für eine Dekonstruktion der Werte und eine Rekonstruktion der Ordnungen.« (1.187) »Werte« sind für Wawerka »immer nur so gut, wie sie den schöpferischen Ordnungen dienen.« (1.186)

Offenbar gilt: Wenn man selbst unmoralisch handeln will, muss man zuvor die Moral verächtlich machen und den moralischen Kompass zerstören.

Ausblick

Der Durchgang durch diese Selbstdarstellung eines »rechten Christentums« hat gezeigt, dass für die Autor*innen der zwei im Fokus stehenden Bände das Denken in traditionell geprägten und hierarchisch strukturierten Ordnungen grundlegend ist. Diese werden als angebliche »Schöpfungsordnungen« naturrechtlich legitimiert und sollen unveränderbar erscheinen. Daraus resultiert die Abwehr von Liberalismus und freiheitlicher Demokratie, die auf der Basis von individuellen Menschenrechten gegründet sind. Völkisches Denken ist mit Kritik an Migration verbunden und dient zur Rechtfertigung von Feindbildpflege und hegemonialem Dominanzstreben. Kirchlicher Einsatz für Menschenrechte wird als angeblich unzulässige Einmischung in die Politik kritisiert und zur säkularen Ersatzreligion stilisiert. Die Versuche zur Begründung solcher Sichtweisen als angeblich »christlich« geschehen überwiegend durch Verweise auf die Tradition.

Theologische Begründungen werden kaum ernsthaft gesucht. Wo dennoch versucht wird, biblisch zu argumentieren, geschieht dies unter massiver Verkürzung und Verdrehung biblischer Aussagen.

Anliegen dieses »rechten Christentums« ist es, die universalistische Grundtendenz des Christentums auf ein »volks- und heimatnahes Christentum« zu verkürzen (2.79). Dafür sind die Autor*innen bereit, wesentliche christliche Grundwerte zu opfern. Die für das Christentum zentrale Vorstellung der Nächstenliebe wird begrenzt auf Familie und Volk. Die weltumspannende Dimension der christlichen Heilsverkündigung wird reduziert auf kulturelles Brauchtum bestimmter Völker. Die Grundüberzeugung, dass jeder Mensch ein geliebtes Geschöpf Gottes ist, muss zurücktreten hinter ein wehrhaftes Christentum, das Menschen aus anderen Kulturkreisen nur als Feinde wahrzunehmen bereit ist. Errungenschaften der Zivilisation und der Demokratie wie Religionsfreiheit und die Trennung von Religion und Staat werden mehr oder weniger deutlich abgelehnt.

Ein Teil der Polemik und der Schärfe in der Auseinandersetzung resultiert möglicherweise daraus, dass die Anhänger*innen einer solchen partikularistischen und vergangenheitsorientierten Sichtweise spüren, dass sich die Entwicklungen der Moderne nicht einfach zurückdrehen lassen. Menschen der Gegenwart, die mit wachen Sinnen durch die Welt gehen, finden in den vormodernen Denkmodellen und den dazugehörigen Autoritätskonstruktionen ganz überwiegend keine befriedigenden Antworten auf ihre Daseinsfragen und die Herausforderungen der Zukunft.

IMPRESSUM:

V. i. S. d. P.:

Christian Staffa, Sprecher*innenrat der BAG K+R
c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
Auguststraße 80 | 10117 Berlin.
www.bagkr.de

Autor*innen:

Georg Bätzing | Sonja Angelika Strube | Harald Lamprecht

Redaktion:

Henning Flad | Katja Teich

Gestaltung:

ultramarinrot

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2021

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Autor*innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber*innen gestattet.

Die BAG K+R ist ein Projekt von Aktion Sühnezeichen e. V. und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

**BAG
K+R**

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT
KIRCHE & RECHTSXTREMISMUS

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**